

Minorité

(Sandoz, Allenspach, Berger, Borer Roland, Ducret, Frey Claude, Reimann Maximilian, Vetterli)

Titre

F. Transfert des rapports de travail

Al. 1

Si l'employeur transfère l'entreprise à un tiers qui s'engage à reprendre les rapports de travail, ceux-ci passent à l'acquéreur avec tous les droits et obligations qui en découlent, au jour du transfert de l'entreprise, à moins que le travailleur ne s'y oppose.

Al. 2

En cas d'opposition, les rapports de travail prennent fin à l'expiration du délai de congé légal; jusque-là, l'acquéreur et le travailleur sont tenus d'exécuter le contrat.

Al. 3

L'ancien employeur et l'acquéreur répondent solidairement des créances du travailleur échues dès avant le transfert jusqu'au moment où les rapports de travail pourraient normalement prendre fin ou ont pris fin par suite de l'opposition du travailleur.

Al. 4

Au surplus, l'employeur ne peut pas transférer à un tiers les droits découlant des rapports de travail, à moins que le contraire n'ait été convenu ou ne résulte des circonstances.

M. Ducret, porte-parole de la minorité: La proposition de la minorité Sandoz n'est sans doute pas capitale dans ce débat, mais elle s'inscrit dans la logique sur laquelle se basent tant le projet du Conseil fédéral que l'ensemble de nos décisions de ce matin, c'est-à-dire le strict respect des exigences communautaires.

La directive 77/187 concernant le rapprochement des législations relatives au maintien des droits des travailleurs en cas de transfert d'entreprise ne s'applique pas aux équipages de navires de mer. Or, la loi sur la navigation maritime renvoie au Code des obligations dans la mesure où elle n'y déroge pas. Si nous renvoyons au Code des obligations, nous rendons applicable, par conséquent, le nouvel article 333 adapté à la directive, ce que celle-ci n'exige pas. Si, au contraire, nous voulons seulement nous maintenir, pour les marins, l'application du droit actuel, il faut incorporer le texte actuel de l'article 333 à la loi sur la navigation maritime. Ce n'est que de cette façon que les marins continueront, comme le prévoit la directive, à être soumis au droit actuel, et à celui-ci exclusivement. En revanche, si l'on adopte la proposition du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, les équipages de navires de mer se verront appliquer des dispositions non exigées par le Traité. C'est pourquoi la minorité Sandoz vous propose d'introduire, à l'article 69a, le texte actuel de l'article 333 du Code des obligations.

Frau Nabholz, Berichterstatterin: Es ist in der Tat so, wie Herr Ducret ausgeführt hat: dass nach den Richtlinien die Bestimmungen über die Betriebsübernahme nicht zwingend auch auf die Seeschifffahrt angewendet werden müssen.

Die Kommissionsmehrheit schlägt Ihnen trotzdem – bei einem Stimmenverhältnis von 10 zu 8 – vor, dem Bundesrat zu folgen und die betreffenden Bestimmungen auch auf die Heuerverhältnisse auszudehnen. Ueber diesen Punkt hat keine lange Diskussion stattgefunden. Die Kommissionsmehrheit hat sich aber vom Gedanken leiten lassen, dass es etwas kleinlich ist, den Seeleuten diesen Arbeitnehmerschutz zu versagen, der den anderen in diesem Bereich zusteht.

Darum beantrage ich Ihnen, den Entscheid der Kommissionsmehrheit zu akzeptieren.

Bundesrat Koller: Wie Herr Ducret gesagt hat, geht es hier zweifellos nicht um ein kaptales Problem: Die Richtlinie über die Wahrung der Ansprüche der Arbeitnehmer beim Uebergang von Unternehmen, Betrieben und Betriebsteilen nimmt die Seeschifffahrt tatsächlich vom Geltungsbereich aus; ich verweise auf Artikel 1 Absatz 3. Insofern geht der Artikel 333, wie Sie ihn beschlossen haben, für die Schiffsleute über das hinaus, was vom EWR-Recht zwingend vorgeschrieben

ist. Das ist daher vor allem ein Problem der intellektuellen Stringenz. Die Minderheit Sandoz hat recht, wenn sie hier ein gewisses Abweichen von unserer sonst jetzt tapfer durchgehaltenen Linie festgestellt hat.

Da Sie mir bisher in allen anderen Vorschlägen wirklich konsequent auf der Linie gefolgt sind, dass wir in der Eurolex nur das machen, was durch das EWR-Recht zwingend vorgeschrieben ist, muss ich Sie jetzt um der intellektuellen Redlichkeit willen bitten, dem Antrag der Minderheit Sandoz zuzustimmen. Wenn Sie diese Linie durchziehen wollen – und das sollten Sie tun –, würde ich Ihnen allerdings empfehlen, diesen Artikel als neuen Artikel 76a ins Seeschiffahrtsgesetz aufzunehmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit

67 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit

43 Stimmen

Art. 2**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident: Dieser Artikel wird unter dem Vorbehalt der definitiven Regelung der Referendumsbestimmungen angenommen.

Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**

Für Annahme des Entwurfes

87 Stimmen

Dagegen

16 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.053

Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft. Bericht Adhésion de la Suisse à la Communauté européenne. Rapport

Bericht des Bundesrates vom 18. Mai 1992 (BBl III 1185)

Rapport du Conseil fédéral du 18 mai 1992 (FF III 1125)

Kategorie II, Art. 68 GRN – Catégorie II, art. 68 RCN

Antrag der Kommission**Mehrheit**

Kenntnisnahme vom Bericht

Minderheit

(Frey Claude, Aubry, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Moser, Steffen)

Vom Bericht im ablehnenden Sinne Kenntnis nehmen

Antrag der liberalen Fraktion

Kenntnisnahme vom Bericht

Antrag der christlichdemokratischen Fraktion

Da der Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft in vielen Teilen ungenügend ist, wird der Bundesrat ersucht, einen Zusatzbericht im Sinne von Artikel 74 Absatz 3 des Geschäftsreglementes des Nationalrates zu erstellen. Der Zusatzbericht hat folgende Ergänzungen zu enthalten:

Auswirkungen auf die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung, namentlich auf die Volksrechte, den Föderalismus, die Sicherheits- und Neutralitätspolitik sowie auf die Agrar- und Regionalpolitik für den Fall

- eines Alleingangs,
- eines EWR-Vertrages als dauerhafte Lösung,
- eines EG-Beitritts.

Zusätzlich sind die Ergebnisse der jüngsten europapolitischen Veränderungen bis zur Veröffentlichung des Zwischenberichts zu berücksichtigen.

Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion

Da der Bericht noch viele Fragen offen lässt, deren Beurteilung im heutigen Zeitpunkt nicht möglich ist (u. a. Auswirkungen der Maastricht-Verträge), die Begründungen für das Verhandlungsgesuch unzureichend sind und wesentliche Kriterien (u. a. Neutralität) vertieft werden müssen, verlangen wir einen Zusatzbericht gemäss Artikel 74 Absatz 3 des Geschäftsreglementes.

Die Gegebenheiten innerhalb der EG ändern sich fortwährend, was uns zum Schluss führt, dass der vom Bundesrat vorgelegte Bericht laufend überprüft und ergänzt werden muss und dass wir uns diesbezüglich keinem Zeitdruck aussetzen wollen.

Antrag der Fraktion der Auto-Partei

Der Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft ist zur Beurteilung gegenüber einem Alleingang völlig ungenügend. In vielen Teilbereichen sind einseitige und vorgefasste Meinungen zur positiven Beeinflussung zugunsten eines EG-Beitritts aufgezeichnet. Wir ersuchen den Bundesrat deshalb, einen Zusatzbericht (Art. 74 Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Nationalrates) zuhanden des Nationalrates zu erstellen, welcher klar und objektiv die Auswirkungen eines Alleinganges der Schweiz als Szenario aufzeigt. Es gibt nämlich nachweisbar auch wesentliche Vorteile, wenn die Schweiz der EG nicht beitrifft.

In diesem Zusatzbericht sollen alle Aspekte der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Alleinganges aufgezeigt werden, um eine Gegenüberstellung zu einem EG-Beitritt zu ermöglichen.

Antrag der grünen Fraktion

Der Bundesrat wird aufgefordert, noch vor Beginn der Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zur EG in einem Zusatzbericht das Verhandlungsmandat darzulegen. Insbesondere interessieren

- die Standpunkte hinsichtlich der Neutralitäts- und Sicherheitspolitik sowie der Verkehrs-, Umwelt und Agrarpolitik; und
 - die Fragen, ob und wie der Bundesrat trotz der getrennten Verhandlungen mit den EFTA-Staaten in den genannten Problemkomplexen gemeinsame Positionen erarbeiten möchte.
- Darüber hinaus bitten wir den Bundesrat um Beantwortung der Frage, mit welchen Vorstellungen und Strategien der Bundesrat in den kommenden Jahren darauf hinwirken möchte, dass die Demokratisierung der EG ohne Gefährdung der Minderheiten ausgebaut wird.

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten einen Ergänzungsbericht zu unterbreiten, der sich zu folgenden Fragen äussert:

1. Wie wirken sich die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EG (Volksentscheide in Dänemark und bald in Frankreich, nachhaltige Kritik an der beabsichtigten Wirtschafts- und Währungsunion in der BRD, allgemein wachsender Euroskeptizismus) auf die Integrationsperspektive der Schweiz aus?
2. Wie beurteilt der Bundesrat die Möglichkeit, dass die Grundsätze von Demokratie (Stärkung des Europäischen Parlaments, direktdemokratische Elemente), Föderalismus (Schaffung einer zweiten Kammer, Rat der Regionen) und Subsidiarität (Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten) in der EG schon in absehbarer Zeit weiter konkretisiert bzw. ausgebaut werden?

3. Wie bewertet der Bundesrat vor dem Hintergrund des eigenen Beitrittsgesuchs den Avis der EG an Schweden, namentlich was die sehr weitgehenden, fordernden Ausführungen zur Neutralitäts- und zur Sicherheitspolitik anbelangt?

4. Welche Folgerungen ergeben sich aus den jüngsten Verhandlungsrunden des GATT (neue EG-Offerte) und vor allem aus der beschlossenen Umorientierung der EG-Agrarpolitik auf die Landwirtschaftspolitik unseres Landes? Durch welche zusätzlichen Instrumente beabsichtigt der Bundesrat Umstellungen zu erleichtern und die «Gemeinschaftsfähigkeit» der schweizerischen Familienbetriebe zu verbessern?

5. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat in der Verkehrspolitik, um im Falle eines Beitritts und bei Auslaufen des Transitabkommens die Interessen der Schweiz zu wahren, namentlich um den Alpenraum wirkungsvoll zu schützen und die unabdingbare Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene zu gewährleisten?

6. Wie beurteilt der Bundesrat die Gefahr einer «Festung Europa» mit schroffer Abschottung gegen aussen (eine Art «Nationalismus» auf kontinentaler Ebene), und welche Stellung nimmt die sich erweiternde EG in entwicklungspolitischer Hinsicht ein (Veränderungen in der globalen Interdependenz, Auswirkungen auf die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit)?

7. Wie gedenkt der Bundesrat, bei der Definition des Verhandlungsmandates und während der Verhandlungen mit der EG das Parlament einzubeziehen und dessen Mitwirkungsrechte zu garantieren?

Antrag Zisyadis

Das umstrittene Abkommen von Maastricht wurde vom dänischen Volk abgelehnt.

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten einen Zusatzbericht über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für Bund und Kantone eines Beitritts der Schweiz zur EG vorzulegen, für den Fall, dass das Maastrichter Abkommen in Kraft tritt.

Proposition de la commission

Majorité

Prendre acte du rapport

Minorité

(Frey Claude, Aubry, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Moser, Steffen)

Prendre acte du rapport en le désapprouvant

Proposition du groupe libéral

Prendre acte du rapport

Proposition du groupe démocrate-chrétien

Le rapport en question étant sur de nombreux points insuffisant, le Conseil fédéral est invité à présenter, conformément à l'article 73, alinéa 3, du Règlement du Conseil national, un rapport complémentaire qui porterait sur les points ci-après:

Conséquences qui s'ensuivraient dans l'ordre social, politique et économique, notamment sur le plan des droits populaires, du fédéralisme, de la politique de sécurité et de neutralité ainsi que de la politique agricole et régionale pour le cas

- où la Suisse ferait cavalier seul («Alleingang»),
- où l'Accord sur l'EEE serait envisagé comme solution durable,
- où la Suisse adhérerait à la CE.

Le rapport complémentaire tiendra compte au surplus des plus récents développements qui seront intervenus dans l'entre-temps au niveau de la politique européenne.

Proposition du groupe radical-démocratique

Le rapport laisse en suspens de nombreuses questions qu'il n'est pas possible d'apprécier dans l'état actuel des choses (notamment incidence du Traité de Maastricht); les raisons ayant amené le gouvernement à présenter une demande d'adhésion ne sont pas non plus suffisamment pertinentes et des critères essentiels (p. ex. la neutralité) appellent encore un examen approfondi. Aussi le Conseil fédéral est-il invité à présenter un rapport complémentaire conformément à l'article 74, alinéa 3, du règlement.

La situation au sein de la CE étant en perpétuelle évolution, le rapport présenté par le gouvernement demande à être constamment revu et complété et il ne faut pas que le conseil doive à cet égard délibérer dans la précipitation.

Proposition du groupe des automobilistes

Le rapport en question est totalement insuffisant pour qui entend juger de la situation qui s'ensuivrait pour la Suisse si notre pays demeurerait à l'écart de l'Europe communautaire («Alleingang»). Sur de nombreux points, le Conseil fédéral émet des opinions partiales et préconçues en faveur de l'adhésion. Aussi le gouvernement est-il invité à présenter au conseil un rapport complémentaire (art. 74, al. 3, du Règlement du Conseil national) qui dégage de manière claire et objective les conséquences qu'entraînerait pour la Suisse la décision de faire cavalier seul. On est en effet en droit d'affirmer que la non-adhésion présenterait aussi d'évidents avantages.

Le rapport complémentaire devrait dégager tous les aspects politiques, économiques et sociaux d'une non-adhésion de manière à fournir des éléments de comparaison face à l'option de l'adhésion.

Proposition du groupe écologiste

Le Conseil fédéral est invité, avant même que ne s'ouvrent les pourparlers sur l'adhésion de la Suisse à la CE, à définir dans un rapport complémentaire le mandat confié aux négociateurs et en particulier

– à exposer son attitude en ce qui concerne la politique de neutralité et de sécurité, de même que la politique agricole, de l'environnement et des transports; et

– à dire si et comment il entend aboutir à des positions communes alors même que les négociations qui vont s'engager sur ces divers problèmes avec les Etats de l'AELE seront menées sur une base bilatérale.

Le Conseil fédéral est invité par ailleurs à faire connaître les idées et la stratégie dont il entend s'inspirer ces prochaines années en vue de renforcer le processus de démocratisation au sein de la CE sans pour autant mettre en danger le statut des minorités.

Proposition du groupe socialiste

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres un rapport complémentaire, qui aborde les questions suivantes:

1. Quelle influence les récents événements au sein de la CE (verdicts populaires au Danemark et bientôt en France, critique persistante en RFA du projet de création d'une union économique et monétaire, montée générale de l'euroscpticisme) auront-ils sur la perspective d'intégration de la Suisse?

2. Le Conseil fédéral pense-t-il qu'il est possible que se concrétisent, voire se développent au sein de la CE, dans un proche avenir, les principes fondamentaux de la démocratie (renforcement du Parlement européen, éléments de la démocratie directe), du fédéralisme (création d'une deuxième Chambre, Conseil des régions) et de la subsidiarité (transfert de compétences aux Etats membres)?

3. Comment le Conseil fédéral juge-t-il, eu égard à la demande d'adhésion qu'il a présentée, l'avis que la CE a adressé à la Suède? Que pense-t-il notamment des exigences considérables formulées en matière de politique de neutralité et de politique de sécurité?

4. Quelles conséquences les dernières négociations du GATT (nouvelle offre de la CE) et, tout particulièrement, la décision de réorienter la politique agricole communautaire auront-elles pour la politique agricole de notre pays? Par quels moyens supplémentaires le Conseil fédéral entend-il faciliter les reconversions et améliorer l'eurocompatibilité des exploitations familiales suisses?

5. Quelle stratégie le Conseil fédéral suit-il dans le domaine de la politique des transports en vue de sauvegarder les intérêts de la Suisse dans l'hypothèse d'une adhésion et en cas d'expiration de l'accord sur le transit? Plus précisément, quelle stratégie suit-il pour protéger efficacement la région alpine et assurer le transfert indispensable du trafic de transit de la route au rail?

6. Que pense le Conseil fédéral du risque de voir se constituer en bastion une Europe farouchement isolée de l'extérieur (une

sorte de «nationalisme» à l'échelle du continent), et quelle sera la position de la CE élargie en matière de politique d'aide au développement (changements au niveau de l'interdépendance planétaire, retombées sur la politique suisse de coopération au développement)?

7. Lorsqu'il définira le mandat de négociation et qu'il entrera en pourparlers avec la CE, comment le Conseil fédéral inclura-t-il le Parlement et garantira-t-il le respect des droits de participation de ce dernier?

Proposition Zisyadis

Le Traité de Maastricht, très controversé, a déjà été rejeté par le peuple danois.

Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport complémentaire sur l'adhésion de la Suisse à la CE, portant sur les conséquences sociales, politiques et économiques pour notre pays et les cantons, au cas où le Traité de Maastricht entrerait définitivement en force.

Frau Haller, Berichterstatterin: Die Aussenpolitische Kommission hat in einer dreitägigen Klausursitzung Ende Juni in Lyss – am Wohnort unseres Präsidenten – den Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (Integrationsbericht) des Bundesrates behandelt, und zwar unmittelbar nach Abschluss der Eintretensdebatte zum EWR-Vertrag.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen, und zwar mit 13 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Eine Minderheit Frey Claude beantragt Ihnen, vom Bericht im ablehnenden Sinne Kenntnis zu nehmen.

Die fünf Kommissionsmitglieder, die den Minderheitsantrag unterstützen, sind gegen einen EG-Beitritt. Bei den Mitgliedern der Mehrheit gibt es uneingeschränkte Befürworterinnen und Befürworter eines Beitritts; daneben haben auch solche Kommissionsmitglieder dem Mehrheitsantrag zugestimmt, die den Verhandlungen mit der EG nichts in den Weg legen möchten, den Beitritt selber aber im heutigen Zeitpunkt nicht oder noch nicht befürworten wollen.

Nachdem die Behandlung des EWR-Vertrages und des Integrationsberichts verfahrensmässig getrennt worden sind, braucht heute nicht mehr lange und ausführlich dargelegt zu werden, worüber wir reden oder nicht. Wir haben heute die Haltung des Bundesrates zur Frage der Integration der Schweiz in Europa zu beurteilen, und zwar so, wie sie uns im Bericht vom 18. Mai dieses Jahres unterbreitet worden ist.

Der Bundesrat legt im Bericht dar, dass und warum er seine Haltung gegenüber früher geändert hat und dass er ein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG einzureichen gedenkt. Dies hat er inzwischen getan.

Die Argumente, die in der Kommission genannt worden sind, haben wir teilweise schon in der EWR-Debatte gehört. Sie gehen aber weit über die Fragestellungen hinaus, die der EWR mit sich bringt, da ein allfälliger Beitritt zur EG – und um diese Frage geht es heute – nicht nur eine wirtschaftliche Dimension beinhaltet. Dies ist auch der Grund, weshalb heute – im Gegensatz zu letzter Woche – zusätzlich auch, und vor allem, die politischen Argumente pro und kontra genannt werden sollen. Ich möchte die Darlegung dieser Argumente folgendermassen gliedern: Zuerst gehe ich auf verschiedene Argumentationsbereiche der tendenziellen EG-Gegnerschaft ein. Dann möchte ich vor allem drei aussenpolitische Themenbereiche herausgreifen, denen in der Diskussion seitens der tendenziellen Befürworterschaft eines späteren EG-Beitritts besonderes Gewicht beigemessen worden ist.

Wenn ich übrigens von tendenzieller Befürworterschaft und tendenzieller Gegnerschaft spreche, tue ich dies ganz bewusst. Es gibt zwar Stimmen, die schon heute klar wissen, dass sie eine EG-Mitgliedschaft der Schweiz strikte ablehnen. Es gibt auch heute schon klare EG-Befürworterinnen und EG-Befürworter. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Politikerinnen und Politikern, die sich differenziert mit der Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz zur EG auseinandersetzen wollen. Glücklicherweise gibt es diese; denn eine für unser Land so wichtige Frage verlangt nach differenzierter Betrachtungs-

weise. Einen demagogischen und marktschreierischen Umgang mit diesem Thema hat unser Land nicht verdient.

Bevor ich auf die Argumente der Gegnerschaft eintrete, möchte ich dem Bundesrat und der Verwaltung für den Bericht und die geleistete Arbeit danken. Zweifellos wird in der Diskussion auch Kritik aufkommen. Dies ändert nichts daran, dass eine immense Arbeit geleistet worden ist. So oder so steht ein grosses Engagement für unser Land hinter dieser Arbeit.

Nun zu den Argumenten der tendenziellen Gegnerschaft. Ein immer wieder auftauchendes Motiv ist der befürchtete Identitätsverlust, der die Schweiz bei einem allfälligen EG-Beitritt ereilen könnte. Man sei dann nur noch Europäer oder Europäerin in einem Einheitstopf. Dem steht eine Erfahrung gegenüber, die wir Schweizerinnen und Schweizer seit der Gründung unseres heutigen Bundesstaates machen: dass wir nämlich durchaus Berner, Zürcher oder Aargauer, Bernerinnen, Zürcherinnen oder Aargauerinnen bleiben, und dass das Schweizer Bürgerrecht uns auch unsere Identität als Gemeindegewohner nicht wegnimmt. Man kann Identität nicht nur aufgrund von Abgrenzung gewinnen, man kann Identität auch aus dem Austausch mit Andersartigen gewinnen.

Möglicherweise gibt es auch unterschiedliche Betrachtungsweisen, was die Zeitperiode anbelangt, aus der man Identität gewinnen kann. Die einen leiten die Identität vor allem aus der Vergangenheit ab, aus dem historischen Entstehen unseres Staates. Identität kann man aber auch aus dem Mitmachen an einem Prozess gewinnen, aus der Arbeit an der Zukunft und an den Veränderungen in einem Land.

Damit bin ich bei einem weiteren Kritikpunkt: Man wisse nicht, worauf man sich mit Europa und mit der EG einlasse. Das stimmt natürlich, und das werden tendenzielle Befürworterinnen und Befürworter ebenfalls unterschreiben. Seit ihrer Entstehung ist die EG ständig gewachsen und hat sich weiterentwickelt; sie wird dies – als Grundstein eines künftigen Europa – auch weiterhin tun. Europa ist eine Entwicklung, ein Prozess.

Vehemente EG-Befürworter haben es schon so formuliert: Die einzige Frage, die sich uns stelle, laute folgendermassen: Wollen wir bei dieser Entwicklung mitreden, dabei sein, oder wollen wir uns gleichsam von der Politik abmelden? So würde es die Kommissionsmehrheit, jedenfalls grossmehrheitlich, nicht formulieren. Aber es darf sicher die folgende Aussage gemacht werden: Wenn wir bei Entwicklungsprozessen abseits stehen, bedeutet dies noch nicht, dass diese Prozesse nicht einfach ohne uns stattfinden.

Ein Argument, das häufig gegen die EG vorgebracht wird, ist der Mangel an Demokratie. Hier müssen auch tendenzielle EG-Befürworterinnen und EG-Befürworter durchaus zugeben, dass ein Problem besteht. Allerdings sollten wir gerade als Schweizerinnen und Schweizer die Demokratiefrage in der EG nie getrennt von der Frage des Föderalismus betrachten; denn was die Weiterentwicklung der EG anbelangt, sind die beiden Themen untrennbar miteinander verbunden. Demokratie bedeutet Mitsprache des Volkes, Mitsprache von unten nach oben. Föderalismus bedeutet, dass festgelegt wird, auf welcher Ebene welche Entscheidung gefällt werden sollen, und zwar nach dem Grundsatz, jeder Entscheid müsse auf der unterstmöglichen Ebene angesiedelt werden, auf der er in umfassender Weise noch möglich ist.

Die EG hat dieses Prinzip unter dem Namen Subsidiaritätsprinzip in den Maastrichter Verträgen festgeschrieben. Hierzulande nennen wir in etwa dasselbe Föderalismus. Für unser Land ist der Zusammenhang zwischen Demokratie und Föderalismus deshalb so wichtig, weil zuerst die Frage des Föderalismus und nachher die Frage der Demokratie gestellt werden muss.

Schliesslich zum Argument der Gegnerschaft, wir würden bei einem EG-Beitritt unsere Souveränität aufgeben. Auch hier sollte sorgfältig argumentiert werden. Souveränität im Sinne von Selbstbestimmung hat immer ein bestimmtes Umfeld. Die staatliche Souveränität wird und wurde immer schon durch andere Faktoren eingeschränkt – wirtschaftliche, kulturelle, technologische, soziale Faktoren beispielsweise. In den letzten Jahren hat sich das Umfeld unserer staatlichen Souveränität auch insofern verändert, als die intensive internationale Vernetzung massgeblich mitbestimmend geworden ist, und zwar

ob wir das wollen oder nicht. Es kann nun auch der Fall eintreten, dass die Aufrechterhaltung unserer Souveränität es geradezu erfordert, auf die internationalen Geschehnisse und Randbedingungen Einfluss zu nehmen, um einer Fremdbestimmung zu entgehen.

Eine fast analoge Ueberlegung sollte zur Frage der Neutralität angestellt werden. Gegen einen EG-Beitritt wird ja – damit bin ich beim letzten Kritikpunkt angelangt – vor allem seit dem Abschluss des Maastrichter Vertrages gesagt, er verletze unseren Grundsatz der Neutralität, weil Maastricht längerfristig die Schaffung einer politischen Union anstrebt.

Dieser Einwand muss sicher bedacht werden. Der genannten Haltung wird entgegengehalten, dass unsere Neutralität eigentlich nie ein Ziel an sich gewesen ist, sondern ein Mittel, um unsere Souveränität zu bewahren. Wenn durch die Veränderung unseres Umfeldes der Fall eintritt, dass die grösstmögliche Selbstbestimmung unseres Landes dadurch erreicht werden kann, dass wir auf die Weiterentwicklung Europas aktiven Einfluss nehmen, indem wir uns in die entsprechenden Entscheidungsgremien integrieren, dann ist es auch der Moment, in welchem wir das Mittel zur Erreichung dieser grösstmöglichen Selbstbestimmung – eben die Neutralität – neu definieren müssen.

Die Aussenpolitische Kommission erwartet übrigens mit Spannung die Stellungnahme des Bundesrates zum Neutralitätsbericht der Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Herrn Botschafter Kraft.

Abschliessend möchte ich drei aussenpolitische Themenbereiche herausgreifen, denen in der Diskussion seitens der tendenziellen Befürworterschaft eines späteren EG-Beitritts besonderes Gewicht beigemessen worden ist.

1. Der friedens- und sicherheitspolitische Aspekt: In der Kommission wurde wiederholt darauf verwiesen, wie und warum die Europäische Gemeinschaft überhaupt zustande gekommen ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1952 die Montanunion gegründet. Durch diese sollten die Güter, die für die Kriegführung am notwendigsten sind oder waren, nämlich Kohle und Stahl, gemeinsam übernational genutzt werden, um Krieg ein für allemal zu vermeiden. 1958 traten der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – heute EG – sowie der Vertrag über die Euratom, zusammengefasst in den Römer Verträgen, in Kraft.

Es hatte sich nach den Schrecknissen des Weltkrieges die Einsicht durchgesetzt, dass der Handel über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg grundsätzlich geeignet ist, diese Staaten daran zu hindern, gegeneinander Krieg zu führen. So gesehen, könnte die EG, wenn man wollte, auch als eine Art Friedensprojekt bezeichnet werden, und zwar eines, mit dem es effektiv gelang, Kriege in Westeuropa zu vermeiden.

2. Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt betrifft die Situation in Mittel- und Osteuropa, den wiederaufkommenden Nationalismus und damit im Zusammenhang die ethnischen Minderheitenprobleme.

Wenn von europäischer Integration gesprochen wird, so meinen wir in der Regel das wirtschaftliche und später eventuell auch politische Näherrücken der Staaten in Westeuropa. Wie im Integrationsbericht des Bundesrates deutlich zum Ausdruck kommt, hat sich Europa seit dem Fall der Berliner Mauer grundlegend verändert. Der Bundesrat macht auch deutlich, dass dieses Element entscheidend zu seinem Umdenken beigetragen hat. Heute ist es nicht mehr vorstellbar, dass das wirtschaftliche Näherrücken langfristig vor den Staaten Mittel- und Osteuropas haltmachen könnte. Auch hier hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass mit diesen Staaten wirtschaftliche Beziehungen dringend nötig sind, wenn der Demokratisierungsprozess gesichert werden soll.

Letztlich handelt es sich beim Diskussionspunkt Mittel- und Osteuropa ebenfalls um einen friedens- und sicherheitspolitischen Aspekt. Wenn die Staaten Mittel- und Osteuropas wirklich Frieden und Aufschwung erleben sollen, so muss der europäische Integrationsprozess langfristig auch diese einschliessen. Wenn in diesen Staaten längerfristig Frieden und wirtschaftlicher Aufschwung nicht gesichert werden können, so hat dies katastrophale Konsequenzen auch für Westeuropa und damit auch für unser Land.

3. Als weiterer aussenpolitischer Aspekt wurden vor allem die gemeinsamen europäischen Werte genannt: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte. Für die tendenziellen Befürworterinnen und Befürworter eines EG-Beitrittes spielt dieser Aspekt eine Rolle, indem diese Grundwerte in einem gemeinsamen europäischen Haus – und dieses Haus kann nur auf der Basis der EG errichtet werden – besser gesichert und stärker wirksam sind.

Erlauben Sie mir abschliessend eine persönliche Bemerkung: Die Frage eines allfälligen EG-Beitrittes ist für die Schweiz von existentieller Bedeutung wie wohl kaum eine andere Frage seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir haben als Politikerinnen und Politiker eine grosse Verantwortung, dass diese Frage in einer Weise diskutiert wird, die – wie immer der Ausgang auch sein wird – die Schweiz nicht auseinanderbrechen lässt, nicht zwischen den Sprachregionen, nicht zwischen den Generationen, nicht zwischen wie auch immer definierten Lagern. Dies bedingt, dass wir bereit sind, uns mit den Argumenten der Andersdenkenden auseinanderzusetzen und in einer Weise auf sie zu antworten, die den Dialog nicht verstummen lässt. Das ist anspruchsvoll. Ich stelle mir vor, dass es nicht ganz sinnlos ist, sich diese Verantwortung, die wir als Politikerinnen und Politiker haben, in Erinnerung zu rufen, bevor wir mit der öffentlichen Debatte beginnen werden.

Die Kommission beantragt Ihnen mehrheitlich Kenntnisnahme vom Bericht.

M. Caccia, rapporteur: Le rapport du Conseil fédéral présenté aujourd'hui a été examiné par la Commission de politique extérieure de notre conseil lors des séances qu'elle a tenues à Worben près de Lyss les 24, 25 et 26 juin dernier.

L'examen de ce rapport par la commission faisait suite au débat d'entrée en matière sur le Traité de l'Espace économique européen. La commission vous propose, par 13 voix contre 5 et 4 abstentions, de prendre connaissance du rapport du Conseil fédéral. Une minorité, menée par M. Frey Claude, vous propose de prendre connaissance du rapport en le désapprouvant.

Le débat suscité par le rapport du Conseil fédéral a touché plusieurs niveaux, que j'aborderai dans un ordre très personnel. A propos de la signification du vote de la commission, il faut rappeler qu'il y a d'un côté cinq collègues qui sont incontestablement opposés à toute démarche en vue d'une adhésion à la Communauté européenne. De l'autre côté, nous trouvons treize membres de la commission qui représentent un éventail assez large, allant de ceux qui sont convaincus de la nécessité de l'adhésion jusqu'à ceux qui ne veulent simplement pas empêcher les négociations et attendent d'avoir le temps ou les éléments nécessaires à un choix personnel pour lequel ils ne se sentent pas prêts, en passant par ceux qui émettent un certain nombre de doutes et de critiques. En outre, quatre collègues n'ont pas voulu s'exprimer.

Cela m'amène à vous livrer une autre remarque, de caractère général. Par rapport au thème du Traité sur l'Espace économique européen, le processus de prise de décision personnelle est beaucoup moins avancé, ce qu'expliquent non seulement la rapidité avec laquelle le problème s'est posé, mais aussi la portée de l'hypothèse de l'adhésion qui touche plus en profondeur le destin de notre pays. Par ailleurs, il n'y a aucune urgence à adopter des positions définitives, puisqu'il ne s'agit pour le moment que d'ouvrir des négociations et d'en attendre les résultats. De toute manière, l'enjeu a une telle importance historique qu'il mériterait une discussion épurée de toute démagogie et de tout populisme, ce qui éviterait aussi aux adversaires et aux partisans de l'adhésion le risque de classer et de se faire classer en bon ou mauvais Suisses. C'est un malheur que l'on pourrait épargner à notre pays.

A propos de la constitutionnalité de la démarche du Conseil fédéral, celui-ci a lui-même réaffirmé son droit d'ouvrir des négociations et de participer à des discussions internationales. Il agit, en tout cas, à la lumière du jour, en remplissant sa tâche d'information par le biais du rapport en discussion. Ce rapport a donc une portée limitée, étant fondé sur des informations préalables, quelquefois lacunaires, soulevant parfois plus de questions qu'il n'en résout, pour prendre une expression litté-

rale de M. Delamuraz, conseiller fédéral. La discussion et ensuite les négociations permettront d'élucider les problèmes et d'y donner des réponses.

Le choix du moment opportun pour ce débat intéresse surtout les personnes favorables à l'Espace économique européen. D'une part, on craint la confusion entre l'EEE et la demande d'adhésion que la démarche du Conseil fédéral peut engendrer dans l'opinion publique et le désarroi que des changements si rapides peuvent provoquer. D'autre part, certains milieux acceptent l'Espace économique européen seulement en tant que pas intermédiaire vers l'adhésion et sont satisfaits de la démarche du Conseil fédéral. On admet que le gouvernement n'a pas usé de tactique et a clairement fait part de ses arguments en faveur d'une négociation synchronisée avec les autres pays de l'AELE qui ont beaucoup de caractéristiques communes avec la Suisse, entre autres un statut de neutralité. Le changement de route du Conseil fédéral et la rapidité avec laquelle il s'est réalisé ont soulevé nombre de discussions. D'un côté, on critique le fait que, comme justification de cette décision, la lecture et l'interprétation des changements intervenus ont été forcées et que les réalités communautaires ainsi que les conséquences économiques institutionnelles retombant sur notre pays ont été peintes en rose. De l'autre côté, on répond qu'il faut accepter selon leur propre rythme les événements de l'histoire. Ceux qui ont bouleversé l'Europe centrale et orientale constituent sans doute un des moments magiques de l'histoire européenne de ce siècle, sur la base desquels soit la Communauté européenne soit les autres pays de l'AELE ont tiré rapidement des conséquences qui imposaient au Conseil fédéral d'agir également. Pour notre gouvernement, ces événements ont créé les conditions qui ont rendu plausible un scénario ou une alternative déjà décrite dans les rapports sur l'intégration précédents, mais non plausible dans les conditions précédentes.

Lors du débat sur le fond, on a avancé une série d'arguments que je regrouperai en deux catégories: les arguments qui touchent la Suisse en rapport avec l'adhésion et ceux qui touchent la Communauté européenne. En ce qui concerne les premiers, la souveraineté qui serait abandonnée du fait de notre soumission à la législation de la Communauté européenne est un argument qui joue contre l'hypothèse adhésion. On répond que le processus d'érosion de la souveraineté nationale est en cours depuis longtemps et qu'il touche également la Suisse à cause des interconnexions croissantes existant dans les domaines économique, scientifique, technologique, culturel et social. Pour les problèmes les plus importants de nos sociétés et de nos politiques, il n'y a plus de solution raisonnable et efficace en dehors d'une entente sur le plan international.

La neutralité est considérée comme en péril surtout à cause du Traité de Maastricht qui fait état de la volonté de la Communauté européenne de pratiquer une politique de sécurité et de défense commune. Par contre, on met en évidence que la neutralité n'a jamais été un but de notre politique extérieure, mais un moyen seulement, même s'il a été très important. En outre, il y a une évolution très significative du contenu même de la neutralité à travers les différentes phases historiques, et après la fin de la guerre froide surtout. Finalement, si l'on veut tenter de sauvegarder un rôle à la neutralité suisse, il est opportun de conduire les négociations avec les pays de l'AELE qui ont un statut de neutralité: Autriche, Suède, Finlande.

Le thème de l'identité a beaucoup retenu l'attention de la commission. D'une part, on craint un processus de nivellement, d'homogénéisation politico-culturelle ainsi qu'un risque d'éclatement de notre pays à la suite de l'ouverture totale des différentes régions du pays vers celles, limitrophes, ayant les mêmes langues et cultures. D'autre part, on constate que la construction de notre Etat fédéral a sans doute influencé l'évolution des cantons, mais ne leur a pas ôté leur originalité et leur identité. Une entreprise comme la participation pleine à la construction européenne pourrait même représenter une occasion privilégiée de faire reprendre à la Suisse entière la connaissance et la conscience du patrimoine de culture politique qu'elle a développé, surtout au cours des deux derniers siècles, et qu'elle pourrait porter avec fierté dans un processus qui nécessite de la sensibilité envers les minorités et de l'esprit

fédéraliste. L'identité n'est pas seulement un héritage historique, mais aussi une capacité et une volonté de poursuivre des projets à long terme. L'intégration européenne en est un de grande portée.

J'en viens aux deuxièmes arguments, ceux qui concernent la Communauté européenne elle-même. Une des critiques que l'on entend le plus souvent concerne le déficit démocratique de la Communauté européenne, dû à l'absence d'un parlement doté de compétences réelles et d'un gouvernement choisi de manière plus démocratique. La réalité est bien telle, et certains dérapages de la bureaucratie bruxelloise sont bien connus. Par ailleurs, aujourd'hui, la critique la plus dure contre ces dérapages émane de la Communauté elle-même. En outre, il faut encore rappeler que nous en sommes à un stade de collaboration interétatique, où les décisions sont prises par les représentants des gouvernements des pays membres, avec des modalités décisionnelles qui vont jusqu'à prévoir l'unanimité dans quelques cas. En quelque sorte, on en est au stade de la Diète que nous connaissions avant 1848. Il est difficile d'imaginer comment on aurait pu commencer autrement. Il est pour le moins étonnant que la critique du déficit démocratique provienne souvent de personnes qui ne sont pas prêtes à céder aucune compétence à une entité supérieure. Ainsi, il n'aurait jamais été possible de bâtir notre Etat fédéraliste.

Le déficit démocratique doit donc être comblé, mais ce n'est pas là la première priorité, c'est bien plutôt le manque de fédéralisme de la Communauté. L'histoire de la Communauté – à commencer par les Etats qui ont signé en 1957 le Traité de Rome, et exception faite de l'Allemagne – n'était pas axée sur une préoccupation fédéraliste. Le processus se poursuit et la dynamique s'est accrue au cours des dernières années. De plus, à cause de l'élargissement de la Communauté, le thème du fédéralisme s'est imposé. Avec le Traité de Maastricht, il faut reconnaître qu'on affirme une ouverture à la non-homogénéité absolue. On parle pour la première fois du principe de subsidiarité qui veut qu'on laisse aux communautés la compétence pour ce qu'elles peuvent raisonnablement accomplir elles-mêmes et qu'on délègue au niveau supérieur ce qu'elles ne peuvent pas accomplir en sauvegardant l'intérêt général. Ceux qui ont eu l'occasion de rencontrer des collègues des pays communautaires ont pu constater l'élan qu'a pris cette discussion.

L'argument «sécurité et paix» pour le continent a été abordé surtout par les membres de la commission ouverts à une adhésion éventuelle. On constate que la préoccupation majeure des grands hommes politiques de l'après-guerre était bien, et pour cause, la mise en oeuvre d'initiatives politiques qui auraient dû éviter à l'Europe de subir à nouveau le fléau de la guerre. Le Conseil de l'Europe a été créé en 1949, mais les débuts furent difficiles. La Communauté européenne pour le charbon et l'acier ainsi que l'EURATOM ont connu un meilleur succès. On voit que, dans cette optique d'assurer la paix, on prenait aussi en considération la collaboration économique et scientifique. Le Traité de Rome relève également de la même préoccupation. Le résultat du premier demi-siècle d'après guerre est sans doute réjouissant pour l'Europe occidentale et le mérite en revient particulièrement à la Communauté européenne.

L'évolution en cours dans les pays d'Europe centrale et orientale met encore davantage en évidence l'importance de la politique de sécurité et de paix que seul un organisme de niveau et de taille européens peut espérer pouvoir mener. Les dégâts provoqués par les deux guerres mondiales et les traités de paix qui ont suivi, tout comme les déplacements planifiés de populations pratiqués par les régimes dictatoriaux, ont laissé un héritage monstrueux dans lequel les nationalismes montants constituent un danger dont on commence à peine à mesurer le potentiel – danger dont même certains pays communautaires ne sont pas à l'abri. L'intégration européenne est la seule réponse viable pour aider ces pays sur les plans politique, économique et culturel. J'emprunterai encore une formule employée par M. Delamuraz, conseiller fédéral: «le temps des responsabilités solidaires communes est venu». C'est finalement la sauvegarde et l'évolution du patrimoine, de l'«abendländische Kultur» qui est en jeu.

J'en viens aux conclusions. En suivant attentivement la discussion, on constate que, dans ce type de débat beaucoup plus que dans celui sur l'Espace économique européen, il y a moins de possibilités de mesurer les avantages et les inconvénients. Tout en essayant de présenter arguments et contre-arguments, on ne peut pas se soustraire à la conviction que l'attitude générale d'une personne conditionne largement la perception de la réalité, son évaluation, la dose d'espoir qu'elle est prête à investir, la mesure des risques qu'elle est prête à courir et, finalement, le choix politique qu'elle doit faire dans cette question européenne. Je voudrais enfin remercier le Conseil fédéral pour l'immense travail qu'il a accompli avec l'équipe de ses collaborateurs. Je crois que même ceux qui n'acceptent pas le contenu de ce rapport peuvent reconnaître l'importance de ce travail.

La majorité de la commission vous invite donc à prendre connaissance de ce rapport.

M. Frey Claude, porte-parole de la minorité: Chassez le naturel, il revient au galop! La semaine dernière, lors du débat sur l'Espace économique européen, chacun dans cette salle a relevé la nécessité d'être clair et courageux.

En ce qui concerne le rapport sur l'adhésion à la Communauté, j'observe que le Conseil fédéral – c'est son mérite – a été clair: préadhésion égal EEE, EEE égal transition. Aujourd'hui, une grande majorité d'entre vous est tout à coup d'accord pour poser des questions! On est pris d'une grande frénésie soudaine pour soulever une foule de questions. Le Conseil national devient un vaste séminaire, une classe d'école où l'on pose des questions pour éviter de répondre à la seule du maître, le Conseil fédéral: «Etes-vous d'accord dans les grandes lignes avec les options du gouvernement?». Vous n'osez pas y répondre et vous présentez des motions caoutchouc, des postulats chewing gum, vous jetez les fumigènes sur le terrain pour qu'on ne vous voie pas «shooter en corner». Cela, ô ironie, juste au moment où le peuple suisse aura à voter le 27 de ce mois sur la réforme du Parlement dans laquelle on demande notamment que le législatif ait plus de pouvoir en matière de contrôle de politique étrangère. Vous avez l'occasion d'affirmer des choses essentielles ici et encore une fois vous vous comportez en députés caoutchouc.

Que dit ce rapport? Il est clair quant à la politique du Conseil fédéral. A la page 10, ce dernier précise: «La participation à l'EEE constitue pour la Suisse un pas substantiel en direction de l'adhésion à la Communauté». Sur la même page, un peu plus bas, on relève que le caractère préadhésion de l'EEE est renforcé par l'Eurolex. Est-ce cela que veut la majorité de cette Assemblée, à savoir un Espace économique européen qui est simplement une transition brève vers l'adhésion? Si tel est le cas, très bien. Vous prendrez acte du rapport. Si vous n'êtes pas d'accord avec le caractère préadhésion, vous devez avoir le courage de désapprouver le Conseil fédéral. Celui-ci part du principe que l'histoire et le processus d'intégration s'accélèrent et qu'alors il ne faut pas rater le convoi qui est en train de partir avec l'Autriche, la Suède et la Finlande. Il faut être un wagon. Comme nous n'avons plus la force d'être une locomotive, dépêchons-nous d'être un petit wagon dans le train qui part! Partagez-vous la philosophie du Conseil fédéral? Si tel n'est pas le cas, vous devez le désavouer et désapprouver ce rapport aux termes duquel on affirme: «Hors de l'alignement rapide et complet, point de salut».

Ce rapport fait l'objet de dérapages importants. Il y a des phrases qui, à elles seules, méritent la désapprobation de l'ensemble. J'en lis deux particulièrement significatives. A la page 114, le Conseil fédéral dit, à propos des effets sur la Suisse: «Il faut relever le défi d'une adhésion, il en va de la dignité politique de notre Etat dans une Europe qui ne cesse de se regrouper». Vous avez bien compris, l'adhésion au Marché commun est une question de dignité politique de notre Etat. Si nous n'adhérons pas, nous ne respectons pas la dignité de la Suisse! C'est énorme! Et vous vous apprêtez simplement à poser des questions après de telles énormités.

Le deuxième exemple se situe juste après: «La Suisse doit-elle persister dans un isolement splendide?» J'imaginai que de-

puis M. Max Petitpierre, conseiller fédéral, toute notre politique étrangère était marquée de l'empreinte de l'universalité et de la solidarité dans nos relations internationales. Eh bien, je me trompais. En 1992, le Conseil fédéral affirme: «Nous sommes dans un splendide isolement». C'est énorme! C'est cette énormité que vous voulez passer comme chat sur braise, que vous voulez simplement laisser aller sans désapprouver?

Le Conseil fédéral se rend bien compte que sa politique se heurte à des impossibilités, à des obstacles difficilement surmontables. Alors que fait-il? Il se lance dans des illusions, dans des déclarations hâtives. Je vous donne trois exemples. Le premier traite du respect des particularités de chaque Etat: «Ce respect des particularités des autonomies se retrouve dans la Communauté européenne, bien que sous des formes différentes et bien qu'il ne fasse pas encore partie de la culture politique de la Communauté comme il fait partie de la nôtre». Un cheval de bois danois devrait ruer en lisant cela, pour autant qu'il sache lire, tellement c'est énorme.

La deuxième citation a trait à la politique agricole. Le Conseil fédéral affirme que notre politique agricole n'est pas incompatible avec la politique agricole communautaire (la PAC) parce qu'avec les paiements directs et la PAC on arrivera «à assurer le mandat constitutionnel du maintien d'une paysannerie saine, d'une agriculture performante et d'une propriété foncière paysanne dans le cadre d'une nouvelle Europe». Certes, deux pages avant, le Conseil fédéral relève quand même que l'adhésion à la Communauté conduira finalement à une agriculture «plus petite» mais mieux structurée et plus compétitive. Et puis, comme nos villages se dépeupleront – en Suisse une telle mutation sociologique est particulièrement importante, ce qui entraînera des changements vitaux pour l'avenir du pays – le Conseil fédéral nous donne les assurances suivantes qui n'en sont aucunement: «Le développement des communautés rurales, jusqu'ici étroitement lié à l'agriculture, dépendra de façon accrue des débouchés dans d'autres secteurs de l'économie. La Communauté planifie de nouvelles mesures allant dans ce sens-là». Bref, c'est le programme communautaire qui devrait permettre de développer des emplois dans les villages de Suisse. On croit rêver! Est-ce cela que vous apprêtez à approuver sans mot dire, à prendre acte comme cela en passant ou à renvoyer comme un corner en posant des questions dont vous connaissez les réponses? Le Parlement doit être courageux et remplir son mandat. Il doit dire qu'il ne peut pas approuver une telle politique qui est simplement contraire aux intérêts du pays.

Le troisième et dernier exemple est relatif à la neutralité. A ce propos, le Conseil fédéral fait trois déclarations. Les deux premières sont contradictoires. La première déclaration: «Différents Etats membres sont d'avis qu'un Etat neutre pourrait apporter en qualité de membre une contribution spécifique à l'édification d'un ordre européen solide». C'est à l'évidence faux. La deuxième déclaration: «L'Etat neutre doit être également prêt à partager la finalité que l'Union européenne s'est fixée dans le domaine de la politique de sécurité et de défense». Cela est juste, c'est la reprise telle quelle de l'acquis communautaire. La troisième déclaration est parfaitement claire: on constate, en résumé, qu'aux yeux de la Commission et des Etats membres des Communautés le statut de neutralité ne constitue pas un obstacle essentiel à l'adhésion. C'est vrai, à la condition sine qua non qu'on abandonne totalement la neutralité. Dans ce cas cela ne posera aucun problème. Par contre si on garde un tant soit peu de neutralité à terme, nous ne pouvons pas reprendre l'acquis communautaire, le Traité de Maastricht y compris.

Je ne peux donc pas approuver ce rapport qui est basé sur une analyse fautive. J'ai une seule certitude en ce qui concerne l'Europe: l'Europe de demain n'est pas celle qu'on imagine aujourd'hui. Quant à la monnaie unique qui est inscrite dans le Traité de Maastricht et qui doit être réalisée d'ici le 1er janvier 1999 – je ne souffre d'aucune maladie incurable – je prends ici le pari que je ne la verrai pas de mon vivant! On aura peut-être une monnaie commune qui viendra à côté des monnaies nationales, mais une monnaie unique qui se substituerait à la monnaie nationale, vous ne la verrez pas de votre vivant!

Ma deuxième certitude est que la Suisse ne sera pas dans l'union européenne en 1994, 1995 ou 1996 comme le veut le Conseil fédéral dans son rapport d'information que vous vous apprêtez à accepter, et cela pour une raison historique qui tient à la personnalité profonde de ce pays. Tous les pays qui nous entourent se sont créés autour d'un monarque, d'une province dominante, d'une capitale, d'une dynastie. La Suisse s'est créée contre, elle est un acte de résistance. Voyez les difficultés de transférer des pouvoirs aux instances supérieures! La faute historique du Conseil fédéral est de croire que ce pays, qui est un acte de résistance, pourrait en quelques mois ou quelques années se couler, se fondre dans l'Europe. C'est une politique qui méconnaît la réalité de ce pays. Le Conseil fédéral croit pouvoir accélérer l'histoire, il oublie une vérité évidente: la Suisse, en particulier aussi dans sa politique internationale, pratique le pas du montagnard qui est plus lent, plus sûr et qui permet d'aller plus loin, plus haut. La politique du Conseil fédéral c'est le 110 mètres haie, où on s'apprête à renverser toutes les haies. C'est une faute historique parce qu'on provoquera des dégâts considérables pour le pays, on va vers des crispations et des rejets.

Je conclus par deux citations. La première est de M. Georges-André Chevallaz, ancien président de la Confédération, et c'est l'historien qui parle ici: «Nous devons participer intensivement à la construction pacifique de l'Europe. Nous devons, comme nous le conseillait récemment un ancien ministre français, pratiquer une neutralité agressive dans les affaires du monde. Mais cette double vocation nous ne pouvons la tenir qu'en restant maîtres de nos institutions, et aussi loin qu'il est possible, de notre liberté de décision. Ce n'est pas pour nous un problème important, essentiel, c'est un problème existentiel, le problème d'exister ou de fondre nos six millions d'Helvètes et de les disperser, sans influence sur les événements, dans la masse anonyme. C'est le choix qui, sous des modalités diverses, espérons-le, s'imposera à nous dans les temps proches, non celui d'un isolement que contredirait notre histoire et notre réalité économique européenne, mais celui d'une solidarité d'autant plus active que nous resterons aussi loin que possible maîtres de nos institutions».

La deuxième citation: à Jacques Chaban-Delmas qui lui demandait le quid de l'entrée de la France dans le Marché commun, le général de Gaulle a répondu: «Nous entrerons dans le Marché commun comme convenu, mais nous y entrerons debout».

Je désapprouve le rapport du Conseil fédéral parce que dans tout ce que j'ai lu il n'y a pas une affirmation, celle d'une volonté d'entrer dans l'Europe en sauvegardant nos valeurs essentielles. On est prêt à entrer et pour cela à abandonner notre politique extérieure au profit de l'Europe, notre monnaie et donc notre politique économique et de défense. Mais aussi et surtout et c'est l'essentiel: on est prêt – parce qu'il n'y a aucune réserve prudente, dans ce rapport, pour dire jusqu'où on n'ira pas – à abandonner les valeurs essentielles qui permettent à notre pays et à ses différentes populations, réunies dans une création artificielle certes, mais qui tient depuis sept siècles, on est prêt à les abandonner au profit d'une politique d'adhésion hâtive. Voilà pourquoi vous n'avez pas le courage de vous mettre à poser des questions parce que vous connaissez les réponses sur la neutralité, sur la politique agricole.

Quant aux autres questions sur l'avenir de l'Europe et les développements de Maastricht, elles feront l'objet d'un autre rapport du Conseil fédéral, le 4e rapport d'intégration. Vous n'allez pas inventer le mouvement perpétuel, à savoir renvoyer le 3e rapport au Conseil fédéral et quand il reviendra dans cette salle repasser des questions parce que vous n'avez pas le courage de décider. Nous devons aujourd'hui prendre acte du rapport parce que nous l'avons lu et manifester notre désapprobation simplement parce que nous ne pouvons pas être d'accord avec l'essentiel, avec les grandes lignes de la politique du Conseil fédéral.

Frey Walter: Ich darf im Namen der SVP-Fraktion zum Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft Stellung nehmen. Im Vorfeld dieser Diskussion wurde vor allem von den EWR-Befürwortern darüber debattiert, ob

wir in dieser Session das Konzept der Aussenpolitik, das in diesem Bericht enthalten ist, überhaupt diskutieren wollen oder nicht. Wir haben uns dann der Wahrheit zuliebe entschlossen, es zu tun.

Warum haben wir darüber überhaupt debattiert? Wir haben darüber debattiert, weil aus diesem Bericht nicht nur klar, sondern sogar überdeutlich hervorgeht, dass der Bundesrat im EWR nur eine Uebergangslösung sieht; das Ziel aber ist der EG-Beitritt der Schweiz mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Es wird in diesem Bericht, den Sie alle zusammen vorliegen haben, mehrfach ganz klar Zeugnis von dem abgelegt, was ich Ihnen jetzt gesagt habe. Ich zitiere von Seite 8:

«Die Absichten des Bundesrates in der Integrationspolitik müssen bekannt sein und von jedem Bürger verstanden werden, wenn er über europäische Fragen zu entscheiden hat. Schon bei der Abstimmung über den EWR muss jeder – ob als Bürger, Unternehmer oder Angestellter – Gewissheit haben, dass das Ziel der schweizerischen Integrationspolitik der Beitritt zur EG ist und dass dieser Beitritt in einigen Jahren zur Abstimmung gelangen wird.» Und weiter unten: «Indem wir unser Gesuch um Eröffnung von Beitrittsverhandlungen noch vor der Volksabstimmung über den EWR einreichen, räumen wir jegliche Zweideutigkeit über die Tragweite dieser Abstimmung aus. Damit ist für eine verbesserte Transparenz gesorgt, und die Gewissheit, dass Beitrittsverhandlungen stattfinden werden, erhöht die Akzeptanz der institutionellen Mängel eines als Uebergangsphase verstandenen EWR.»

Das sind ganz klar und deutlich auch mutige Worte des Bundesrates. Sonst, das muss ich Ihnen sagen, wirft dieser Bericht mehr Fragen auf, als er beantwortet. Die sozialdemokratische Fraktion, die grüne Fraktion, die Auto-Partei und andere haben bereits ihre Anträge eingereicht. Ich möchte Sie aber fragen: Haben Sie das Gefühl, es habe einen Sinn, diese Anträge und diese Fragen an den Bundesrat, der sich so klar ausdrückt, einzureichen? Es ist doch ganz klar, dass der Bundesrat zum EWR, zum EG-Beitritt steht.

Sie kommen mir ungefähr so vor, wie wenn Sie an einen Jesuitenpater den Antrag stellen würden, Ihnen die Vorteile des Protestantismus gegenüber dem Katholizismus darzulegen. Haben Sie denn das Gefühl, Sie bekommen vom Bundesrat eine vorurteilslose Antwort? Das glaube ich nicht!

Ein Bericht, auf den man sich verlassen kann, darf nicht vom Bundesrat und seinen Beamten verfasst werden; am besten müsste er nicht von einer, sondern von mehreren Institutionen verfasst sein, damit auch hier der Wettbewerb spielt.

Etwas ist auch ganz klar: Der Bericht kommt zu gegenteiligen Schlussfolgerungen im Vergleich zu den Berichten, die uns in den Jahren 1988 und 1990 vorgelegt worden sind. Hiess es doch da aus gleichem Munde noch: «Beitrittsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen.» Das war der Slogan. Nun hat man das radikal geändert und sieht einen Beitritt als alleinigmachenden Weg. Die Begründung für diese hundertprozentige Kehrtwendung ist mehr als dürftig.

«Europa verändert sich, und wir müssen unsere Politik auch verändern.» Ja, sehr geehrte Herren Bundesräte, Europa wird sich weiter verändern, und Sie werden wahrscheinlich auch Ihre Politik wieder einmal ändern müssen.

Einige Beispiele aus dem Bericht: Es wird hier gläubig von Mitbestimmen in bezug auf die Zukunft des Hauses Europa gesprochen. Ich möchte Sie an das Beispiel von Dänemark erinnern. Obwohl die Rechtslage eindeutig ist – die Maastrichter Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden –, hat sich Dänemark dagegen ausgesprochen. Herr Kohl und Herr Mitterrand haben am nächsten Tag gesagt: Maastricht wird weiterverfolgt wie bis anhin. Wie wenn nichts gewesen wäre. Herr Delors hat das auch gesagt.

So gross ist die Mitbestimmung eines Kleinstaates in der Europäischen Gemeinschaft, und da möchte der Bundesrat beitreten!

Oder das Kapitel Landwirtschaft: Ja, gibt es jemanden hier im Saal, der sagen würde, die EG-Landwirtschaftspolitik sei gut? Nein, das glaube ich nicht. Sie ist schlecht, das wissen wir alle, und trotzdem wollen wir der EG beitreten.

Das Thema Neutralität: Maastricht fordert ganz klar eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik. Wo hat bei einer

gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik die Neutralität, die für die Schweiz eine wichtige Stütze der Staatsphilosophie ist, überhaupt noch Platz? Sie hat keinen Platz mehr.

Nicht nur die überwiegende Mehrheit, sondern die ganze SVP-Fraktion lehnt diesen Bericht ab. Ein Beitritt zur EG nach Maastricht würde heissen: Aufgabe der Souveränität und der internationalen Disponibilität der Schweiz in zentralen Bereichen, verbunden mit der Aufgabe der Neutralität.

Bei der Uebernahme einer gemeinsamen Währungspolitik, Aussenhandelspolitik, Agrarpolitik, Fiskalpolitik und Sozialpolitik verschlechtert sich der Wettbewerbsstandort Schweiz entscheidend. Das ergibt eine Niellierung des Lebensstandards nach unten – staatspolitisch, demokratisch, aber ganz sicher auch wirtschaftlich.

Nun wahrlich, das ist nicht etwas, das ich den Schweizer Bürgerinnen oder den Schweizer Bürgern gerne zumuten würde. Die EG, so wie sie sich heute darstellt, ist eine Fehlkonstruktion, und sie wird mit ihrem Demokratie- und Föderalismusdefizit mittel- und langfristig die Zielsetzung nach Frieden und Wohlstandsmehrung nicht erreichen.

Gestatten Sie mir am Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Ich habe diesen Bericht mehrmals studiert, und ich muss Ihnen sagen: Ich habe langsam das Gefühl bekommen, hier handle es sich nicht um einen objektiven Bericht, sondern um eine Kapitulationsurkunde oder einen Unterwerfungsbericht – ein Bericht, der eines freien, mutigen Schweizervolkes unwürdig ist.

Columberg: Der Bericht des Bundesrates über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft eröffnet ein neues Kapitel der schweizerischen Politik.

Zum ersten Mal erklärt der Bundesrat den Beitritt der Schweiz zur EG als Ziel seiner Integrationspolitik. Diese Zielsetzung ist heute noch heftig umstritten. Eine Mehrheit unseres Volkes teilt sie nicht oder noch nicht.

Ob wir nun dieses Ziel teilen oder nicht, eines müssen wir dem Bundesrat attestieren: Er hat Führungsstärke bewiesen, eine Eigenschaft, die wir so oft vermisst haben. Er hat offen, klar, mutig und ehrlich seine langfristigen Absichten formuliert und auch bekanntgegeben.

Innenpolitisch ist der Zeitpunkt dieser Richtungsänderung problematisch. Er belastet die Volksabstimmung vom 6. Dezember dieses Jahres ganz erheblich. Er verursacht unnötige Verwirrung und trägt zu einer Vermischung von EWR und EG bei. Das ist sehr schade, denn im Augenblick hat der EWR die absolute Priorität. Dennoch möchte ich keineswegs ins gleiche Horn blasen wie die Zweierseilschaft Claude und Walter Frey mit ihrem Frontalangriff gegen diesen Bericht.

Die CVP beharrt nachdrücklich auf einer klaren Trennung zwischen einem EWR- und einem allfälligen EG-Beitritt. Der EWR-Vertrag muss als selbständiger Schritt von langfristiger Dauer betrachtet werden. Die EG-Mitgliedschaft ist eine Frage von ganz anderer Dimension, über die das Schweizervolk zu gegebener Zeit in völliger Freiheit und Souveränität wird entscheiden können.

Trotz unserem Beharren auf einer klaren Trennung zwischen EWR und EG müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in den letzten Jahren ein neues, ein freies Europa im Entstehen begriffen ist. Alles andere, Herr Walter Frey, ist eine totale Verkennung der Konstellation in Europa. Es ist richtig und wichtig, dass der Bundesrat in seinem Bericht auf dieses radikal veränderte Umfeld hinweist. Diese völlig neue Konstellation erfordert von uns eine vorurteilslose Ueberprüfung unserer Position in Europa. Ein Uebergang von einer reaktiven zu einer aktiven Europapolitik ist dringend geboten. Es geht nicht nur um wirtschaftliche Anliegen, sondern ebenso sehr um die Sicherung von Frieden und Freiheit, um die Gewährleistung der Menschenrechte (Minderheitenschutz), um die Bewältigung der enormen Migrationsprobleme, um den Durchbruch der parlamentarischen Demokratie und um den wirkungsvollen Schutz unserer Umwelt.

Diese Werte Europas sind auch unsere Werte. Wir Schweizer sind mit diesem Europa viel stärker verbunden, als man gemeinhin annimmt. Ich erwähne beispielsweise unsere intensive Mitarbeit im Europarat. Eine Einbindung der Schweiz in

dieses neue europäische System ist für das Weiterbestehen unseres Landes und für die Sicherung unserer Souveränität unerlässlich. Wir tragen auch eine Verantwortung für dieses Europa. Seit jeher betonen wir den Grundsatz der Solidarität. Dieser Grundsatz muss auch gelebt werden. So müssen wir bei der Lösung dieser äusserst schwierigen Probleme mithelfen; in welcher Form, muss noch genau definiert werden.

Der Bericht des Bundesrats bildet eine wertvolle Diskussionsgrundlage. Er genügt aber nicht, um einen für unser Land so schwerwiegenden Entscheid zu fassen. Er ist in vielen Teilen ungenügend und unvollständig. Deshalb ersuchen wir den Bundesrat, einen Zusatzbericht im Sinne von Artikel 74 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Nationalrates zu erstellen. Dieser Bericht, Herr Walter Frey, muss selbstverständlich von unserem Bundesrat und nicht von irgendeinem Hochschulinstitut erstellt werden. Wir haben noch Vertrauen in unsere Landesregierung.

Dieser Zusatzbericht hat insbesondere folgende Ergänzungen zu enthalten: Auswirkungen auf die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung, namentlich auf die Volksrechte, den Föderalismus, die Sicherheits- und Neutralitätspolitik sowie auf die Agrar- und Regionalpolitik für alle drei Fälle: für einen Alleingang, einen EWR-Vertrag als dauerhafte Lösung oder einen EG-Beitritt.

Um einen sachlich fundierten Entscheid fällen zu können, müssen verschiedene Varianten – oder wenn Sie lieber wollen: Szenarien – erarbeitet werden, müssen Alternativen aufgezeigt werden.

Der Bericht ist nur auf den EG-Beitritt fixiert. Diese einseitige Optik genügt nicht. Wir müssen, Herren Bundesräte, beispielsweise auch mit aller Gründlichkeit die Folgen eines Alleingangs untersuchen. Nach der festen Überzeugung der CVP-Fraktion ist das zwar keine brauchbare Lösung; dennoch müssen wir uns damit befassen. In der bisherigen Integrationspolitik hat es der Bundesrat leider unterlassen, diese Lösung näher zu prüfen, diese Folgen einer solchen Politik klar und offen darzulegen. Deshalb fehlen uns gelegentlich die Argumente für eine Auseinandersetzung mit den EWG-Gegnern. Diesem Mangel muss abgeholfen werden.

Weite Kreise unseres Landes sind überzeugt, dass der EWR-Vertrag auch als dauerhafte Lösung Bestand haben soll und Bestand haben kann. Deshalb muss auch diese Variante seriös geprüft werden.

Schliesslich muss auch ein allfälliger EG-Beitritt umfassender dargestellt werden. Was geschieht in diesem Fall mit unserer Neutralität? Der Bericht enthält über dieses entscheidende Element nur sehr summarische Angaben, die für einen so wichtigen Entscheid keineswegs genügen. Wie soll die Neutralität neu definiert werden? Wäre die EG allenfalls bereit, uns eine Sonderstellung einzuräumen? Wie würde es sich mit den Volksrechten und mit dem Föderalismus verhalten? Könnte die Schweiz im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung noch teilweise eine eigenständige Agrar- und Regionalpolitik betreiben? Bestünde die Möglichkeit, eigenständige Initiativen zu entwickeln, um unsere besonders geartete Struktur zu erhalten, um die für uns so bedeutungsvolle dezentrale Besiedlung unseres Landes zu gewährleisten?

Seit der Beschlussfassung vom 19. Oktober 1991 bzw. vom 18. Mai 1992 über die Aufnahme von Verhandlungen betreffend einen allfälligen EG-Beitritt hat sich vieles verändert. Im Augenblick besteht eine grosse Unsicherheit. Wir wissen nicht, was mit der politischen und monetären Union geschieht.

In den nächsten Monaten werden grundlegende Entscheide fallen. Diese Veränderungen müssen in einem Zusatzbericht näher beleuchtet werden; deshalb bitte ich Sie, den Antrag der CVP zu unterstützen.

Wyss: Die grosse Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass der vorliegende Bericht über einen Beitritt zur EG unbedingt überarbeitet und den neuesten Entwicklungen angepasst werden muss. In der vorliegenden Form stiftet er etwas Verwirrung, deshalb verlangen wir einen Zusatzbericht. Zudem ist festzuhalten – auch im Auftrag der Fraktion –, dass wir nach unserer Auffassung nach wie vor der Neat-Abstimmung

erste Priorität einräumen, anschliessend steht die EWR-Abstimmung im Vordergrund, bevor wir parteiintern – das gilt für die Fraktion und die Partei – die weitere Entwicklung vertieft behandeln.

Unsere Fraktion war damit einverstanden, den Bericht in der Sondersession zu behandeln; dies in erster Linie, um heute gegenüber der Öffentlichkeit klar zu dokumentieren, dass einerseits der EWR ein in sich geschlossenes Abkommen ist, welches auch unabhängig vom Ausgang von Verhandlungen mit der EG lebensfähig sein kann, und andererseits ein eventueller Beitritt zur EG eine ganz neue, politisch relevante Dimension für die Zukunft unseres Landes bedeutet.

Der Startschuss für diese neue Dimension ist in dem vom Parlament, von uns gewünschten dritten Bericht zum Thema Schweiz und europäische Integration gegeben worden. Aus diesem Bericht, von welchem wir verschiedene Integrationsvarianten erwartet hatten – inklusive Konsequenzen eines Alleingangs –, wurde aber ein Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur EG.

Nun hat der Bundesrat – dies möchte ich der SVP respektive Herrn Frey Walter, der dies behauptet hat, doch deutlich sagen – jedoch klargestellt, dass es sich um einen Bericht handelt, indem er auf Seite 3 der deutschen Version ganz klar sagt: «Dieser Bericht ist somit weder eine Botschaft zum EG-Beitritt noch ein Aktionsplan, noch eine detaillierte Studie des EG-Rechts. Es geht lediglich darum, in groben Zügen darzulegen, was ein EG-Beitritt für unser Land und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger bedeuten würde» Dieser Satz wird von den meisten Gegnern unterschlagen. Wir werden demnach noch einen zusätzlichen Bericht erhalten.

Wie Sie sich alle erinnern, haben wir den Bundesrat gebeten, mehr Führung zu beweisen. Wir verlangen das, und zwar alle Parteien. Nun hat uns der Bundesrat einen Bericht erstellt und darin mitgeteilt, wie er die Zukunft sieht. Ich bitte Sie, einmal ganz klar durchzudenken, was jetzt passiert. Jetzt ist es an uns, dem Parlament, in der ganzen Entwicklung der nächsten Jahre unseren Einfluss geltend zu machen. Wir wollen vom Bundesrat wissen, was er denkt. Dann kann man nicht nachträglich kommen und sagen, Herr Walter Frey: Das ist eine Kapitulation; das ist nicht zu akzeptieren. Es ist an uns, dem Parlament, die Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Mehrheit unserer Fraktion steht hinter der Grundidee einer Europäischen Gemeinschaft, die ja nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, um einerseits eine wirtschaftliche Einheit zu bilden und andererseits eine nach der kriegszerstörten Vergangenheit friedliche Gemeinschaft aufzubauen. Mehrheitlich ist man einem Staatenbund gegenüber nicht abgeneigt, einem Bundesstaat à la Maastricht stehen jedoch viele skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Damit ist klar, dass eine EG-Mitgliedschaft eine der möglichen Optionen ist und nicht mehr. Es ist keine Kapitulation, sondern eine mögliche Marschrichtung für unsere nächsten Generationen. Das Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen über einen möglichen Beitritt hat der Bundesrat in eigener Kompetenz stellen dürfen, er hat es auch getan, damit unser Gesuch zusammen mit denen von anderen Staaten behandelt wird. Ob der Zeitpunkt glücklich war, wird die Zukunft weisen. Aber wir müssen uns im klaren darüber sein – Gegner und Befürworter –: Verhandlungen sind noch kein Vorentscheid für einen Beitritt, der Bericht auch nicht.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Marschrichtung ist nach unserer Meinung in vielen Punkten problematisch; deshalb können wir den vorgeschlagenen Kurs nicht vorbehaltlos unterstützen. Ich zeige an sechs Beispielen, wo Ergänzungen notwendig sind:

1. Wie sehen die Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes – Stichworte: Demokratie und Föderalismus – im Detail aus? Wir haben das von der Kommissionssprecherin gehört.
2. Die Frage der Handhabung der Neutralität respektive der zukünftigen Sicherheitspolitik ist nicht ausreichend umschrieben. Wir kennen die Antworten nicht, wie bereits gesagt wurde; wir müssen präzisere Antworten erhalten.
3. Die Frage des Transitabkommens ist, je nach Ausgang der Neat- und der EWR-Abstimmung, eine brisante Angelegenheit. Wo sind die Lösungsvarianten?

4. Je nach Ausgang der Volksabstimmung in Frankreich über Maastricht verschieben sich die Gewichte. Was und wie sieht der Bundesrat die Möglichkeiten; was sind unsere Beziehungen und Abgrenzungen zum Europarat?

5. Wie sieht der Einsatz für demokratisch-liberale Postulate als Kontrapunkt zum gegenwärtigen etatistischen Trend in der EG aus?

6. Was denkt der Bundesrat zu einem Europa der Regionen?

Alles Fragen, die man nicht einfach so abhandeln kann; deshalb haben wir uns erlaubt, sie präzise zu stellen.

Wir werden also noch viele Diskussionspunkte haben, zu welchen uns heute die Unterlagen fehlen. Weil sich die EG ständig weiterentwickelt, möchten wir in Zukunft vermehrt informiert werden und wünschen deshalb eine laufende Orientierung unserer Aussenpolitischen Kommission.

Wir erwarten, dass der Bundesrat – wie er das beim EWR gemacht hat – hart verhandelt, und möchten, meine Herren Bundesräte, die Zusicherung, dass er beim Nichterreichen von Zielen die Verhandlungen auch unterbrechen oder gar abbrechen kann. Ich hätte gerne eine Antwort auf diese Frage.

Rekapitulieren wir kurz: Unsere Stimmbürger und Stimmbürgerinnen bleiben auch bei einem Ja zum EWR-Vertrag, welcher uns gleich lange Spiesse in Europa gibt, in ihrer Stellungnahme zum zukünftigen Europa frei. Es bestehen markante Unterschiede zwischen dem EWR-Vertrag und einem eventuellen EG-Beitritt. Deshalb – das möchte ich unterstreichen – sind die nächstfolgenden Schritte nach der EWR-Abstimmung so wichtig; deshalb müssen wir Einfluss auf die Vorbereitungen zu den Verhandlungen nehmen. Deshalb müssen wir auch Zwischenberichte erhalten, denn verschiedene Probleme lassen sich nicht befriedigend lösen oder verstärken sich gar, wenn wir als Parlament nicht Einfluss nehmen können.

Bei aller Offenheit für die zukünftige Entwicklung sollten wir uns nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Wir sind für ein pragmatisches Vorgehen. Schliesslich ist uns allen klar, dass Volk und Stände das letzte Wort haben. Um diese wichtige Entscheidung vorzubereiten, braucht es Zeit. Auch wenn andere Länder wie Oesterreich, Schweden und Finnland ihre Verhandlungen früher unter Dach haben sollten: zuerst Neat, dann EWR, dann Diskussion über einen eventuellen EG-Beitritt. Dazu braucht es einen Zusatzbericht.

M. Chevallaz: A la lecture du rapport du Conseil fédéral sur la question d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne, j'ai vainement cherché le terme «provisoire», ou «intermédiaire» si vous préférez. Il y est pourtant fait allusion au vœu du Conseil fédéral qui, dans une profession de foi peut-être louable dans sa démarche, mentionne ceci dans son introduction: «Les intentions du Conseil fédéral en matière de politique d'intégration doivent être connues sans équivoque et comprises par chaque citoyen lorsque celui-ci est appelé à prendre des décisions en matière européenne. La transparence en sort renforcée.» Ou encore: «Nous attendons du débat parlementaire sur ce rapport et de la discussion qui va s'ensuivre dans l'opinion publique un large soutien en faveur de l'objectif d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne.»

Force est pour le porte-parole de langue française du groupe radical de faire, entre autres, les deux constats suivants. Le premier a trait à cette grande majorité des parlementaires, des groupes, en tout cas, qui demandent de compléter ce rapport provisoire sur de très nombreux points demeurés beaucoup trop vagues, manquant peut-être parfois d'objectivité ou devant absolument être réactualisés au travers des évolutions pratiquement hebdomadaires, pour ne pas dire quotidiennes, qui caractérisent le Marché commun ou ses acteurs et partenaires. Le deuxième constat que, personnellement, je vérifie presque chaque jour me fait dire que le processus engagé – la publication du rapport en question – va à l'encontre des vœux du Conseil fédéral. En lieu et place de la transparence ou de la clarté souhaitées, c'est la plus grande confusion qui règne. L'amalgame entre l'Espace économique européen, la Communauté économique et les Accords de Maastricht fait que la

méfiance l'emporte souvent sur la confiance que le Conseil fédéral souhaitait.

Fort heureusement, le rapport mentionne clairement que la participation à l'Espace économique et l'adhésion à la Communauté sont deux opérations distinctes, la première mettant l'accent sur l'intégration économique, la seconde sur l'intégration complète. Je suis persuadé que c'est grâce à cette distinction importante, voire essentielle, que vous avez obtenu ce vote de grande confiance de la part du Parlement concernant l'Espace économique. L'intégration complète, aux conditions envisagées actuellement, non négociées, il est vrai, évolutives, il est vrai aussi, non merci! Je ne marche pas, et certainement d'autres avec moi.

Des réflexions faites, aussi abondamment, au sein du groupe radical, ont incité la majorité de celui-ci, conformément à l'article 74, alinéa 3, du règlement, à inviter le Conseil fédéral à présenter un rapport complémentaire – voire plusieurs rapports complémentaires, au point où en est la situation serais-je tenté d'ajouter – dans la mesure où l'évolution constante exige révisions et compléments. Sans équivoque, nos priorités vont d'abord au vote populaire sur les transversales alpines. La deuxième étape porte sur la ratification de l'Accord sur l'Espace économique européen. Plus tard, et plus tard seulement, nous pourrions aborder à la lumière des éclairages nouveaux la suite à donner, si suite à donner il y a.

Peuple pragmatique par excellence, nous souhaitons une démarche allant dans ce sens. «Il faut laisser du temps au temps», même si certaines pressions ou certaines démarches de pays voisins peuvent nous inciter à hâter le processus. Laissons le mérite au Conseil fédéral qui, répondant au vœu du législatif, a tenu à nous informer de la façon dont il perçoit l'avenir et l'option qu'il souhaite prendre. Laissons au peuple et au Parlement l'occasion et le temps de se forger une opinion au travers d'informations qui circulent tous les jours et qui, à elles seules, permettent de justifier la demande d'actualisation et de compléments. A titre d'exemple, les compléments ou rapports complémentaires à la lumière des éclairages nouveaux devraient porter sur le déficit démocratique, le rôle de nos institutions, la concession ou l'abandon de certains droits civiques, la neutralité et la politique de sécurité, les prévisions économiques – il semble à ce propos que de nouvelles prévisions contredisent quelque peu les estimations premières. En bref, une série de points importants qui méritent un nouvel examen approfondi. D'avance, nous remercions le Conseil fédéral et le Parlement de suivre cette recommandation.

Steffen: Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi anerkennt, dass die Verwaltung und der Bundesrat einen Bericht vorlegen, in welchem der Entschluss unmissverständlich zum Ausdruck kommt, den EG-Beitritt der Schweiz als Ziel der europäischen Integrationspolitik festzulegen. Dabei wird der EWR als innenpolitisch wichtige Etappe auf dieses Ziel hin betrachtet. Der Bundesrat ist fest entschlossen, sich vehement dafür einzusetzen, dass unser Land diesen Weg geht.

Anders, in der Sprache des Volkes ausgedrückt: Die sieben bundesrätlichen Kurfürsten und ihre Lakaien in der Verwaltung haben sich in den Kopf gesetzt, auf kontrademokratische Weise, von oben nach unten, politisch Druck auszuüben, um dem Souverän, dem Volk, ihre Ideen für die Zukunft der Schweiz einzutrichtern – unterstützt durch eine millionenschwere Propaganda, von der Joseph Goebbels unseligen Angedenkens noch einiges hinzulernen könnte.

Ich habe in der Sprache des Volkes gesprochen. Dass dieser Integrationsprozess auf verfassungsmässig schwachen Füßen steht, wird Herr Kollega Ruf später erläutern.

In nur fünf Minuten Redezeit ist es unmöglich, auch nur annähernd eine kritische Würdigung des Berichtes vorzutragen. Also bleibe ich beim Grundsätzlichen und stelle mir die Frage: Welche Mechanismen bringen den Bundesrat dazu, losgelöst von Verfassungszielen, Tradition und sich verstärkenden Widerständen im Volk, diesen Weg zu beschreiten? Eines sei eingangs vermerkt: Der Bundesrat handelt hier natürlich nicht im Alleingang, findet er doch auf seinem Weg die Unterstützung einer Mehrheit der Parlamentarier aus den grossen Bundes-

ratsparteien CVP, FDP und SP; dies spätestens seit Vorlage des ersten Integrationsberichtes vom 24. August 1988. Diese Haltung bei einer Mehrheit in diesem Hause ist nicht erstaunlich, bekennt sie sich doch offen und unverhohlen zum Gedankengut der «Europa-Union, Europäische Bewegung in der Schweiz», die seit vielen Jahren das Ziel eines vereinten Europas anstrebt.

Hier dürfte aber auch auf eine Tatsache hingewiesen werden, die für die Meinungsbildung oder Meinungsmanipulation unter der politischen und wirtschaftlichen Führungselite unseres Landes im Hinblick auf die europäische Integration von grosser Bedeutung ist: Während die Schöpfer der Schweizerischen Eidgenossenschaft im letzten Jahrhundert in Schützen-, Turn- und Gesangsvereinen mit dem «einfachen Volk» im Kontakt blieben und so die Anliegen und Wünsche des Bürgers direkt wahrnahmen und politisch umzusetzen suchten, hat sich ein grosser Teil der modernen Elite immer mehr aus der Bürgernähe entfernt und verkehrt in Zirkeln, die ihre Wurzeln kaum mehr in unserem Volke haben. Es gehört heute zum guten Ton, Mitglied eines Service-Clubs wie Rotarier, Lions, Kiwanis, Ambassadors, Zonta oder einer Loge zu sein, von Institutionen also, die irgendwann im fernen Ausland gegründet wurden und demnach international ausgerichtet sind.

Wir von den Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi wollen die humanitären Leistungen dieser Vereinigungen nicht in Frage stellen. Es ist auch ein verständliches Bedürfnis des Menschen, sich mit Gleichgesinnten in einer geschlossenen Gruppe zu vereinen, um zu kommunizieren. Aber man muss auf zwei Gefahren hinweisen, die in solchen Gruppen auftreten:

1. Wenn eine kleine Steuerungsgruppe den Klub in einer bestimmten Denkrichtung beeinflussen will, steht ihr das Mittel des gruppenspezifischen Prozesses zur Verfügung; dadurch wird das Denken der Mitglieder durch gleichgerichtete Referate und gezielt geführte Diskussionen auf eine bestimmte Weise eingeengt. Jedes Mitglied wird dann in seinem Berufs- und Lebensbereich zu einem Multiplikator, der das internationale Gedankengut gleichsam apostolisch weiterverbreitet.

2. Die Bindungen an das Gesinnungskollektiv sind oft so gross, dass sich Politiker aus einer solchen Gruppe als Volksvertreter nicht mehr beim Volk, bei den Leuten am Wohnort, orientieren und deren Anliegen und Sorgen aufnehmen, sondern als Besserwisser an Saalveranstaltungen, in Zeitungen, im Radio und im Fernsehen ihre Gruppenmeinung von oben nach unten verbreiten und vertiefen.

Sie werden jetzt fragen: Was hat dieses Exposé mit dem dritten Integrationsbericht zu tun? Schon heute besteht kein Zweifel, dass eine Mehrheit in diesem Hause eine Integration der Schweiz in die EG anstrebt, in einen Ueberstaat, der ohne wirkliche parlamentarische Kontrolle von EG-Kommission und EG-Ministerrat beherrscht wird, von einem Exekutivsystem also, das mit gewaltigen Vollmachten ausgestattet ist. Der Umstand, dass sich eine Mehrheit unserer politischen Führung, die von der Verfassung durch Eid und Gelübde auf das direktdemokratische System der Eidgenossenschaft verpflichtet ist, in diesen Ueberstaat einzugliedern wünscht, zeigt, dass die Befürworter einem geheimnisvollen Druck erliegen sind. Es trifft offenbar zu, was Karl Buchleitner in seinem EG-Schwarzbuch schreibt: «Bei der EG-Euphorie scheint es sich um ein massenpsychologisches Phänomen zu handeln, wobei sich kaum jemand der vollen Konsequenz bewusst ist.»

Wir Vertreter der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi sind uns der Konsequenzen bewusst und haben mit unserer Analyse der hintergründigen Beeinflussungsmechanismen zur Klärung der Umstände einiges beigetragen.

Wir ersuchen Sie, den Antrag der Kommissionsminderheit Frey Claude zu unterstützen.

Moser: Die Fraktion der Auto-Partei lehnt den Bericht in der vorliegenden Form ohne Wenn und Aber ab.

Der vorliegende Bericht ist unseres Erachtens einseitig und überstürzt abgefasst. Eine saubere Analyse, insbesondere der Tragweite der Maastrichter Abkommen, liegt nicht vor.

Aus rein politischen Gründen wollte man diesen Bericht bekanntlich vom EWR-Abkommen völlig trennen, nämlich des-

halb, weil die EWR-Befürworter gemerkt haben, dass die Aussagen in diesem Bericht auf den Ausgang der EWR-Abstimmung negative Folgen haben könnten. Schlitzohrige Politiker wollten deshalb, dass der Bericht erst nach der EWR-Abstimmung im Parlament behandelt würde.

Diejenigen, welche den Bericht sorgfältig studiert haben, stellen fest, dass der Bundesrat unmissverständlich und unverhüllt nichts anderes als einen Beitritt zur EG will. Eine andere Optik findet sich in diesem Bericht nicht. Alternativen sind nicht gefragt.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass wir in diesem Bericht zum europäischen Integrationsprozess praktisch nichts über den sogenannten Alleingang der Schweiz finden. Alleingang ist natürlich nicht das zutreffende Wort. Es sollte vielmehr vom Weg einer Assoziation gesprochen werden; denn das Schweizervolk möchte sich ja bestimmt nicht isolieren. Dass wir seit 1972 eine auf die EG ausgerichtete Anpassungspolitik mittels bilateralen Abkommen verfolgen, unterstreicht den Willen zu einer zeitgemässen Aussenpolitik.

Deshalb fordern wir von der Auto-Partei-Fraktion einen Zusatzbericht, der sich ausschliesslich mit dem sogenannten Alleingang befasst. Wir wollen und brauchen weder einen Zusatzbericht zum EWR-Vertrag im Sinne einer Dauerlösung noch eine Erweiterung des Berichtes in der Optik eines EG-Beitrittes, wie dies die CVP fordert. Das EWR-Abkommen und dessen Auswirkungen auf die Schweiz werden ja bereits in der bundesrätlichen Botschaft behandelt. Die Auswirkungen eines Beitritts zur EG sind unserer Meinung nach in diesem Bericht klar genug dargestellt. Es fehlt – wie gesagt – lediglich eine seriöse Analyse über den sogenannten Alleingang.

Ich warne hiermit den Bundesrat auch gleich: Er soll diesen Zusatzbericht nicht einfach dem vorbelasteten Integrationsbüro zur Erstellung überlassen, sondern eine neutrale und kompetente Institution damit beauftragen, wie dies auch bei anderen komplexen Sachfragen der Fall ist.

Noch besser wäre es natürlich, wenn mit der Analyse der Schicksalsfrage unseres Landes zwei unabhängige Institutionen beauftragt würden. Damit würden wir eine Einseitigkeit ausschliessen. Das Integrationsbüro wäre mit diesem Bericht nicht nur überfordert, sondern es hat bereits mehrfach bewiesen, dass es vorbehaltlos das Sprachrohr der EG-Befürworter ist. Im Klartext: Wir lehnen einen Zusatzbericht des Integrationsbüros ab.

Eigentlich müssten wir dem Bundesrat dankbar sein, dass er in seinem Bericht zur Integrationspolitik seine Zielsetzung klar bekanntgibt. Mit einem Beitritt zur EG sieht er alle schweizerischen Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur gelöst. Noch 1988 stellte aber der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum europäischen Integrationsprozess fest, dass sich ein Beitritt der Schweiz zur EG nicht aufdränge. Sie könne auch als Nichtmitglied der EG einen konstruktiven und wichtigen Beitrag zum Aufbau Europas leisten. Heute behauptet er exakt das Gegenteil. Das beweist einmal mehr, wie kurzsichtig unser Bundesrat einen europäischen Integrationsprozess betrachtet.

Allen Unkenrufen zum Trotz deponiert der Bundesrat inmitten der EWR-Diskussion in Brüssel ein Gesuch zur Aufnahme von EG-Beitrittsgesprächen. Den EWR-Vertrag bezeichnet er als Uebergangslösung, ja sogar als «Trainingslager», aber sicher nicht als langfristige Lösung für die Schweiz. Für den Bundesrat gibt es auch keine Alternativen zu einem EG-Beitritt, und so gibt es auch kein Szenario für eine Schweiz als lebendiger und mündiger Kleinstaat.

Der Integrationsbericht enthält auf Seite 8 – ich hoffe, Sie haben das alles gelesen – die klare Aussage: «Schon bei der Abstimmung über den EWR muss jeder – ob als Bürger, Unternehmer oder Angestellter – Gewissheit haben, dass das Ziel der schweizerischen Integrationspolitik der Beitritt zur EG ist und dass dieser Beitritt in einigen Jahren zur Abstimmung gelangen wird Indem wir unser Gesuch um Eröffnung von Beitrittsverhandlungen noch vor der Volksabstimmung über den EWR einreichen, räumen wir jegliche Zweideutigkeit über die Tragweite dieser Abstimmung aus.» Fürwahr, ein Beitritt zur EG hätte eine Tragweite für unser Volk, die an Gesslers Zeiten erinnert.

Wie sagte doch letzte Woche Burkhard Wollschläger, Vorsitzender der Krauss Maffei, meines Wissens Europas grösste Maschinenbauunternehmung, über den Beitritt der Schweiz zur EG: «Wenn die Frustrationsbehörde von Brüssel Ihr schönes Land überzieht, dann gute Nacht.» Bekanntlich hat ja Krauss Maffei Anfang dieses Jahres die Firma Netstal-Maschinen – im übrigen eine weltweit bekannte Herstellerin von Kunststoff-Spritzgiessanlagen – übernommen. Dazu meinte Wollschläger im Anschluss, dass er die Netstal-Maschinen nur mit grösstem Vorbehalt übernommen habe, wenn er daran denke, dass die Schweiz der EG beitreten möchte. Das sagt einer, der es wissen muss, einer, der zu den erfolgreichsten Spitzenmanagern in Deutschland zählt.

Ironisch bemerkte er übrigens weiter zur EG: «In Brüssel sitzen vielfach Beamte in Spitzenpositionen, die in der Bundesrepublik politische Versager waren.» Dazu kann ich nur ergänzen: Die Schweiz könnte bei einem EG-Beitritt die angesprochene Beamtengilde problemlos ergänzen.

Spätestens nach dem Maastrichter Abkommen wissen wir genau, was uns in dieser EG erwarten würde. Es wird in der künftigen EG nicht nur um wirtschaftliche Integration gehen, sondern vielmehr um eine politische und währungspolitische Union. Das Ausschalten des Schweizerfrankens würde für unser Land verheerende Folgen haben. Unser hart erarbeiteter Wohlstand würde unwiderruflich auf das Niveau des europäischen Mittels absinken.

Aufwecken müsste uns auch die angestrebte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EG. Unsere Neutralität wäre damit endgültig aus unserer Werteliste zu streichen, und wir müssten uns – wie dies aus dem Maastrichter Abkommen hervorgeht – bei fremden Händeln der EG widerstandslos den Entscheidungen der EG-Grossstaaten anschliessen. Wollen Sie das wirklich?

Nun argumentiert der Bundesrat, dass ein Beitritt viel mehr und bessere Möglichkeiten offenhalten würde, direkt an der Formulierung und Ausgestaltung der wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft – man höre und staune – des gesamten europäischen Kontinents teilzunehmen. Gestatten Sie mir folgende Bemerkung: Das könnte ebenso gut in einem Witzbuch stehen!

Letztes Jahr feierten wir 700 Jahre Freiheit und Unabhängigkeit. Und ich persönlich bin stolz auf diese Schweiz, stolz auf das, was sie vollbracht hat, was andere Nationen vergeblich versucht oder angestrebt haben: die Gleichberechtigung auf der Basis einer föderalistischen Staatsordnung, eine Demokratie, die unbestechlich ist. Ich bin tatsächlich empört, wenn ich sehe, was man jetzt aus ihr und ihren freiheitsliebenden Bewohnern machen will: Einheitsmenschen in einer politischen Union! Dass dies langfristig zum Scheitern verurteilt ist, zeigen die jüngsten Ereignisse in den Ostblockstaaten. Wie kann da nur ein Bundesrat für ein solches supranationales Gebilde frohlockend eintreten?

Wir sind eine der ältesten Demokratien dieser Welt, haben es nach einer Zeit der Armut im 19. Jahrhundert zu einem unvergleichbaren Wohlstand gebracht, obschon wir nicht von Bodenschätzen profitieren konnten. Unsere einzigen Ressourcen waren unsere Hände und unsere Köpfe. Und es waren und sind noch heute unsere besten Werte. (*Unruhe*) Ja, ich weiss, dass das einigen fehlt.

Die materielle Armut hat unser Volk von jeher erzogen, mit Kreativität, Arbeitsamkeit und Zuverlässigkeit Industrien und Dienste aufzubauen. Unseren Wohlstand verdanken wir aber auch den zahlreichen Pionieren, welche den Aufbau einer modernen, freien Marktwirtschaft erst richtig ermöglicht haben. Es waren Männer und Frauen, von denen ich nur ahnen kann, wieviel Schweiß und Tränen sie zum Wohle unseres Heimatlandes vergossen haben.

Man hatte eben damals noch keine Zeit, sich auf ideologische Dauerdebatten, wie sie in diesem Saale stattfinden, einzulassen. Eine Classe politique, wie sie heute in Bern anzutreffen ist, gab es noch nicht. Wille und Kraft zur Leistung waren gefragt, denn nur wer zupackte, konnte Erfolg haben. Wo sind sie denn eigentlich geblieben, diese Pioniere, diese selbstbewussten Schweizer, die Willenskraft unserer Jugend, die mutigen Politiker unseres Landes? Warum wird jetzt von den

Bundesräten, unseren Diplomaten und vielen Politikern die Situation der Schweiz wie der Untergang des Abendlandes diskutiert?

Haben denn sie alle noch nicht begriffen, dass keinesfalls nur ein grosser Binnenmarkt unseren Wohlstand festigen kann, sondern einzig und allein unsere Wettbewerbsvorteile und die Produktivität, die wir anzubieten haben? Sind grossräumige und absolut zentralistische Strukturen nicht gerade diejenigen Strukturen oder Kriterien, die sich auf eine gesunde und freie Marktwirtschaft negativ auswirken müssen? Führt dieser riesige Superstaatenbund nicht zwangsläufig dazu, dass wir grössere ökologische Probleme haben?

Glaubt hier jemand allen Ernstes, dass wir in einer EG weniger Regulierung hätten als heute? In einer EG, in der sogar der Krümmungsradius einer Gurke der Güteklasse «A» bereits reglementiert ist; in einer EG, wo es nicht bloss Äpfel gibt, nein: EG-Äpfel sind auf minimal 55 mm festgelegt; kleinere Äpfel müssen nach seit Jahren bewährten EG-Grundsätzen vernichtet oder an das Vieh verfüttert werden. Deregulierung in einer EG, wo vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg die 13 Hohen Richter entscheiden mussten, dass eine Hose mit einem Verschluss von links nach rechts eine Herrenhose und nicht eine Damenhose ist – und dies europaweit!

Neue Reglementierungen und Normierungen warten zu Tausenden – zu Tausenden! – auf uns. Ich frage mich, wo denn in einer solchen Gesellschaft der Fortschritt, die Liberalisierung, die Deregulierung und vor allem der gesunde Menschenverstand geblieben sind.

Noch ein Wort zu den Kosten. Sie haben es sicher gelesen: Es kostet uns 3,4 Milliarden Franken jährlich, nebst den Mehrkosten für Verwaltung usw. Diesen Betrag können wir nicht mehr aus unserem Sparschwein finanzieren: Wir müssen über kurz oder lang noch den Schlüsselbund der Nationalbank in Brüssel deponieren. Und dazu garantiere ich Ihnen eines, meine lieben Bundesräte: Dazu sagt das Schweizervolk nie ja und amen!

Es ist sicher nicht allein der Verlust an Souveränität, an demokratischen Rechten oder der Verlust an Selbstbestimmung, der mir grossen Kummer an diesem Jahrhundertpaket bereitet, nein, es ist die Sorglosigkeit unserer Bundesräte, welche mit ihrem kurzfristigen Denken meinen, mit dem EG-Beitritt und dessen erkennbarem Vorteil – das gestehe ich zu – hätten wir unsere Probleme gelöst.

Gelöst haben wir unsere Probleme erst, wenn wir aus eigener Willenskraft eine Frischzellentherapie in allen Bereichen der Gesellschaft, der Politik und insbesondere der Wirtschaft auf uns nehmen. Eine Öffnung gegenüber der europäischen Konkurrenz wird unumgänglich sein, denn ohne entsprechende Reformen gibt es in der Schweiz keine Perestroika und keine Glasnost. Es wird keine leichte Aufgabe sein, denn wir befinden uns am Wendepunkt zu einer Neuorientierung. Es erwartet uns ein enormer Anpassungsdruck. Wir müssen uns wieder auf unsere Stärken besinnen und diese ausbauen. Dazu brauchen wir Frauen und Männer mit Selbstvertrauen und dem Willen, unsere kleine Schweiz als unabhängigen Kleinstaat zu erhalten.

Wir sind und bleiben ein weltoffenes Land und dürfen uns nicht dauernd einreden lassen, dass wir ohne EG-Mitgliedschaft in eine europäische Isolation geraten würden. Es ist richtig: Eine wirtschaftliche Öffnung müssen wir aktiv fördern und unterstützen, ohne aber dabei unsere Eigenständigkeit aufzugeben – das können wir, wenn wir nur wollen!

Ich bitte Sie, den Bericht abzulehnen und den Bundesrat zu beauftragen, einen Zusatzbericht vorzulegen, der eine Integrationspolitik aufzeigt, welche der Schweiz ihre politische Unabhängigkeit bewahrt.

M. Eggly: Le rapport du Conseil fédéral s'inscrit dans une continuité et répond à une demande du Parlement. Toutefois, convenons qu'il ne s'agit pas d'un rapport comme les autres. Le Conseil fédéral indique clairement une direction où il aimerait conduire le pays. On a assez souvent déploré ici et ailleurs que le gouvernement n'ait pas une vue prospective, que le collège exécutif ne sache pas exprimer une volonté, imaginer un élan, pour ne pas venir maintenant lui reprocher de le faire.

Ce rapport ne répond pas à toutes les questions que poserait l'adhésion. A cet égard, une certaine lecture critique qu'exprimera M. Leuba tout à l'heure aura sa place. Pour ma part, je voudrais dire que le sens général de ce rapport répond à un souhait que le Parti libéral suisse avait exprimé lors d'un congrès à Bâle, il y a bien un an et demi de cela. Nous ne saurions, ici et maintenant, avoir peur de ce que nous avons osé dire alors.

Il s'agit au fond d'avoir une analyse et une vision politique autant qu'économique sur le mouvement des choses en Europe. Certes, l'Europe ne se résume pas à la Communauté; certes, il faudra que cette Europe incorpore, articule, d'une manière ou d'une autre, toutes ses composantes, de l'Atlantique à l'Oural. Lorsque l'on voit ce qui se passe dans l'ex-Yougoslavie, des frissons d'angoisse nous parcourent. Et si tout se détraquait à nouveau, comme dans un cauchemar d'un vieux film à reculons dans ce vieux continent gorgé d'épreuves? Une évidence s'impose: la meilleure garantie de paix et de coopération a été donnée par ce Marché commun, aux finalités d'emblée politiques, qui a associé, ô miracle, la France et l'Allemagne dans une entreprise commune et un projet commun. Lorsqu'on entend, après cela, M. Steffen tenir les propos qu'il a tenus, on croit rêver!

Comme l'a dit la semaine dernière le président de la Confédération, nous, Suisses, avons assisté à cela et nous en avons profité. L'échec de la Communauté aurait ouvert la voie aux résurgences du passé, dont on voit qu'elles ne sont jamais loin de revenir à fleur de peau. N'oublions jamais – et je m'adresse ici particulièrement à nos collègues allemands – cet avertissement de l'ancien Chancelier Helmut Schmidt: «Il faut une Allemagne européenne pour ne pas voir revenir une Europe allemande, tiraillée par ses réflexes et ses tentations au cœur de l'Europe, elle qui est géographiquement mal définie». C'est encore plus vrai, évidemment, depuis l'effondrement du bloc communiste.

M. Frey Claude a dit que, véritablement, il fallait rester debout avec nos valeurs suisses face à ces non-valeurs que représenterait la non-Communauté! M. Frey a évoqué M. Vincent qui, en 1972, avait fait des déclarations qui, si on les citait maintenant, laisseraient voir qu'il était à côté de la réalité. Imaginez, Monsieur Frey, qu'on lise les journaux de 1848. Je crois qu'on y trouverait le même langage que celui que vous avez tenu à cette tribune. Heureusement qu'en 1848 il y avait des radicaux qui ont réussi à faire ce pays confédéral, heureusement qu'il y a aujourd'hui encore des radicaux qui croient à la possibilité d'une Europe confédérale «à la Suisse».

Il est évident que les modalités actuelles de fonctionnement de cette Communauté ne nous plaisent pas toujours, comme elles ne plaisent pas toujours aux peuples des pays de la Communauté. Nous avons constaté le rejet du traité de Maastricht par les Danois, et nous voyons que la campagne fait rage en France. Mais quelle étrange conclusion que de voir là une raison supplémentaire de nous méfier! En effet, Monsieur Frey, la Communauté de la fin du siècle ne sera peut-être pas celle qu'esquissait le Traité de Maastricht. En effet, la monnaie unique, la Banque centrale commune, l'approche vers une communauté de défense et une politique étrangère commune, tout cela ne viendra pas automatiquement comme certains l'ont imaginé. Tant mieux pour la Suisse, à certains égards! Je suis de ceux qui souhaiteraient que la Suisse entre assez tôt dans la Communauté afin de contribuer aux débats décisifs sur l'évolution de la Communauté. D'autres, dans le groupe libéral, ne sont pas de cet avis et préféreraient «se hâter lentement». Mais la Suisse ne peut pas choisir le rythme d'approche de la Communauté, sans tenir compte de la situation et de l'ensemble de ses partenaires de l'AELE. Il s'agit de considérer la probabilité d'une grande phase commune de négociations, même si chaque pays candidat a sa partie propre à jouer et ses intérêts propres à négocier.

C'est dans cette optique que je juge l'acte du Conseil fédéral, consistant à déposer une demande de négociations en vue de l'adhésion. Evidemment, cela a créé un risque de confusion à l'intérieur, mais cela a préservé et gardé intacte la chance de négociations de la Suisse.

Deux éléments essentiels doivent être rappelés: le premier,

c'est que l'évolution la plus prochaine de la Communauté et le résultat des négociations éventuelles menées par le Conseil fédéral apporteront des données non encore prévisibles. Par exemple, la neutralité suisse sera-t-elle possible, souhaitable ou non au sein de la Communauté de l'après l'an 2000? Le résultat des négociations le démontrera. Le second élément tient tout simplement à notre démocratie, une démocratie dont les opposants à l'Espace économique européen, au nom de leur opposition à l'adhésion, semblent parfois oublier les règles, eux qui ont le mot «démocratie» plein la bouche.

Pourtant, ceux qui, ici, sont pour l'Espace économique européen mais sont contre l'adhésion semblaient l'avoir compris: le dernier mot reviendra au Parlement, puis au peuple et aux cantons. Le Conseil fédéral ne peut que négocier et, s'il le juge bon, nous proposer le résultat de ses négociations. Mais alors, les partisans de l'Espace économique européen qui sont opposés à l'adhésion devraient pousser jusqu'au bout la conscience de leurs droits imprescriptibles. Ils devraient faire clairement la part des compétences différentes, des temps d'action et de décision différents, pour le Conseil fédéral d'une part, et pour nous, Parlement, d'autre part. Le Conseil fédéral, dans son rapport, nous renseigne sur ses intentions et sa démarche, il nous doit cette information, il s'agit de sa responsabilité. Il entendra ce que cela provoque comme réactions dans notre pays, mais nous n'en avons pas moins, après avoir débattu, à respecter ses compétences.

C'est pourquoi l'idée de prendre acte d'un tel rapport en le désapprouvant paraît tout à fait incongru aux libéraux et contraire à la répartition des compétences et des responsabilités. Que ferait, je vous le demande, le Conseil fédéral, d'un tel désaveu? Ce n'est pas ainsi qu'on éliminera le risque de confusion avec le débat sur le Traité sur l'Espace économique européen. Au contraire, il faut qu'apparaisse clairement à l'opinion que, la semaine dernière, le Conseil national a décidé la ratification du Traité sur l'EEE, qu'il en recommande l'approbation au peuple et aux cantons, tandis que cette semaine il ne fait que prendre acte des intentions du Conseil fédéral, étant bien entendu qu'il se réserve complètement l'examen du résultat.

Dès lors, le groupe libéral ne comprend pas les différentes propositions présentées par notamment, ô paradoxe, les groupes gouvernementaux de ce conseil. Mais non, le temps n'est plus de demander des études, Messieurs les démocrates-chrétiens et Mesdames les démocrates-chrétiennes, sur des hypothèses théoriques! Cela a déjà été fait et cette proposition nous apparaît comme une curieuse danse du voile, dans un but de dédouanement politique devant l'opinion. Non, le temps n'est plus à des rapports complémentaires pour étudier de plus près tel ou tel aspect de l'adhésion! Cette façon de toujours demander des études, c'est une manière d'aller vers les échéances à reculons. Le gouvernement en est à une démarche précise. En présentant le résultat des négociations, il nous apportera des réponses précises, branchées sur une réalité. Le Conseil fédéral et son administration ont mieux à faire que de nous fournir des rapports complémentaires.

Mesdames et Messieurs les députés des partis gouvernementaux, faut-il que ce soit le petit groupe libéral qui vous le dise? Laissez le gouvernement prendre ses responsabilités, laissez-le gouverner et ne l'asticotez pas inutilement pour garder votre apparente virginité, virginité à laquelle d'ailleurs personne ne croit vraiment. Je sais qu'une certaine presse verrait un libéral au gouvernement, mais nous ne sommes pas demandeurs, nous ne demandons qu'une chose, c'est que le Conseil fédéral actuel assume ses responsabilités et le Parlement assumera les siennes en temps voulu, devant le résultat, dans l'ordre et la clarté. Laissez agir votre gouvernement et attendez le temps de prendre position sur le message précis qu'il vous adressera.

Pour sa part, le groupe libéral, dans sa grande majorité, partage la vision prospective du Conseil fédéral exprimée par ce rapport, croit que la Communauté sera en effet le levain de l'Europe de demain qui assurera la paix et la prospérité communes, et c'est dans cette idée qu'il vous prie de prendre acte du rapport du Conseil fédéral, ni plus, ni moins, et il attendra pour juger sur pièces, en temps voulu.

Thür: Der Bundesrat reichte unmittelbar nach Abschluss der EWR-Verhandlungen das EG-Beitritts-gesuch ein. Das ist bemerkenswert, nachdem ursprünglich die Konzeption des Europäischen Wirtschaftsraumes für alle Beteiligten durchaus als eine längerfristige Perspektive gedacht war.

Weshalb vollzog der Bundesrat diesen Meinungswandel? Wir erfahren das in diesem Bericht. Wir erfahren, dass der Bundesrat auch aufgrund der Erfahrungen aus den EWR-Verhandlungen zu dieser Ueberzeugung gelangt ist. Das ist bedeutsam. Es sind dies nämlich gemäss Bericht – kurz zusammengefasst – folgende Punkte:

1. Die Umwälzungen in Osteuropa haben ein neues Kräfteverhältnis geschaffen.
2. Die EG wird führende wirtschaftliche Weltmacht und als solche auch die entsprechende politische Macht ausüben.
3. Diese neuen europäischen und globalen Kräfteverhältnisse haben sich direkt auf die EWR-Verhandlungen ausgewirkt, indem nämlich die EG während der Verhandlungen neue politische Prioritäten gesetzt hat.

Das Resultat dieser Entwicklung: Das EWR-Abkommen akzeptiert das Prinzip der Gleichheit der Vertragsparteien nicht in allen Teilen, wie es der Bundesrat im Bericht etwas lakonisch ausgeführt hat. Das ist aus unserer Sicht eine beschönigende Umschreibung der Tatsache, dass die EFTA-Staaten in wichtigen Teilen durch dieses Abkommen ihrer staatlichen Souveränität beraubt werden.

Dennoch: Bis zu diesem Punkt können wir der bundesrätlichen Analyse in den wesentlichen Punkten ohne weiteres folgen. Der Bundesrat zieht dann den Schluss, dass aufgrund dieser Entwicklung die Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit «à la carte» oder zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kaum mehr existieren. Er folgert, dass die EFTA-Staaten nur noch durch einen Beitritt zur EG eine Position in Europa erlangen können, die ihnen erlaubt, ihre Zukunft weiterhin zu gestalten – so im Bericht ausgedrückt.

Im Klartext: Wir können – aus der Sicht des Bundesrates – nur noch zwischen Unterordnung und Beitritt wählen.

Diese Folgerung hat nach unserer Auffassung ihre zwingende Logik dann – und nur dann –, wenn man davon ausgeht, dass die Schweiz einen EWR-Beitritt anstrebt, was ja der Bundesrat tut. Das ist aber dann nicht zwingend, wenn man – wie wir es tun – einen EWR-Beitritt ablehnt.

Dennoch verdient der Bundesrat mit diesem sehr ehrlichen Bericht ein Kompliment. Mit seiner Analyse der EWR-Verhandlungen beschönigt er nichts und trägt dazu bei, dass wir von einer klaren Ausgangslage ausgehen können. Und es ist natürlich aus der Sicht eines selbstbewussten Kleinstaates nicht gerade erhebend, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass sich die Gewichte rund um uns herum massiv zu unsern Ungunsten verschoben haben.

Was wir an diesem Bericht ebenfalls positiv vermerken möchten, ist der Umstand, dass der Bundesrat – frei von parteitaktischen Ueberlegungen – jenen Weg skizziert hat, der aus der EWR-Falle herausführt und uns im europäischen Massstab die verlorene Gestaltungsmöglichkeit wieder zurückgibt.

Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die taktischen Manöver der beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP, die dieses schlechte Verhandlungsergebnis ganz offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen und weiterhin so tun, als ob der EWR – wie ursprünglich beabsichtigt – für uns auch in Zukunft eine dauerhafte Perspektive sein könnte.

Diese Haltung ist entweder unehrlich, wenn man den Beitritt dennoch im Hinterkopf hat, oder sie ist gefährlich, wenn man den Beitritt tatsächlich nicht wünscht und damit die politische Entmündigung der Schweiz auf unabsehbare Zeit einfach in Kauf nehmen will. Das machen die CVP und die FDP, wenn sie heute derartige Positionen formulieren.

Die grüne Fraktion hat bereits bei der Diskussion des EWR-Abkommens hervorgehoben, dass wir – vor allem auch aus staatspolitischen Gründen – diesem Abkommen nicht zustimmen können. Wir sind immer mehr davon überzeugt, dass der EWR für die Schweiz – wie ich bereits dargelegt habe – zur Falle werden könnte, aus der wir auf absehbare Zeit nicht herauskommen; die Debatte über dieses EWR-Abkommen hat uns in dieser Vermutung oder Befürchtung bestärkt.

Wir müssen heute feststellen, dass das Lager jener, für die der EWR Endstation unserer Integration ist, immer grösser wird. Die Wirtschaft, insbesondere das Gewerbe, die Landwirtschaft, alle sind nur am EWR interessiert. Und mit dem Kurswechsel der CVP-Fraktion in dieser entscheidenden Frage und dem Positionsbezug der FDP-Fraktion betrachten neben diesem Wirtschaftslager auch die relevanten politischen Kräfte dieses Landes das EWR-Abkommen als Dauerlösung. Sie können den heutigen Pressedienst der CVP konsultieren, wo das ebenfalls zum Ausdruck kommt. Dazu gehört auch Claude Frey, der heute so flammend die Unabhängigkeit der Schweiz beschworen und gleichzeitig den EWR-Beitritt befürwortet hat. Das geht schlicht und einfach nicht auf!

Wir fragen uns unter diesen Umständen – und die Frage richtet sich vor allem an die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion –, mit welchen politischen Kräften Sie dann dereinst, nach einem EWR-Beitritt, die Schweiz aus der selbstgewählten politischen Entmündigung herausführen wollen.

Es ist bezeichnend, dass man den Bericht des Bundesrates anfänglich nicht diskutieren wollte. Man wollte schlicht und einfach die Wahrheit nicht zur Kenntnis nehmen: Wer heute einen EWR-Beitritt will, muss auch einen EG-Beitritt befürworten. Es ist eben doch so: Wer A sagt, muss auch B sagen.

Die einzige Inkonssequenz, die wir aus unserer Sicht dem Bundesrat vorwerfen, liegt lediglich darin, dass er den Mut nicht hatte, die EWR-Verhandlungen als gescheitert zu erklären und konsequenterweise auf den EG-Beitritt hinzusteuern und einen EWR-Beitritt abzulehnen. Dann hätte das nachgeschobene Beitritts-gesuch nicht so viel Verwirrung gestiftet. Dennoch begrüsst die grüne Fraktion das inzwischen vom Bundesrat eingereichte Beitritts-gesuch, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wenn eine Mehrheit unseres Volkes am 6. Dezember dem EWR-Vertrag zustimmt, ist mit diesem Gesuch sichergestellt, dass das Volk innert nützlicher Frist auch die Frage beantworten kann, ob es die Teilaufhebung der staatlichen Souveränität als Dauerzustand einfach hinnehmen oder ob es nicht besser einen EG-Beitritt vollziehen will.

2. Wenn das Volk am 6. Dezember den EWR ablehnt, ist das Gesuch ebenfalls sehr wichtig, weil die Schweiz dann in der nächsten Verhandlungsrunde dabei ist und dieses Gesuch verhindert, dass sich die Schweiz bei einer Ablehnung des EWR-Beitritts in die selbstgewählte Isolation begibt – was EWR-Befürworter uns heute stets weismachen wollen und weshalb wir dem EWR-Beitritt zustimmen sollten. Mit einem Nein am 6. Dezember hätte das Volk lediglich zum Ausdruck gebracht, dass es nein sagte zu einem schlechten Vertrag – nicht mehr und nicht weniger. In diesem Falle bliebe die Frage offen, ob das Volk einer EG-Integration auf der Basis einer gleichberechtigten Beziehung zustimmen würde.

Wenn wir also das bundesrätliche Beitritts-gesuch begrüssen, ist damit noch nicht gesagt, dass wir dannzumal auch einem Beitritt zustimmen werden. Sie kennen unsere Skepsis und Kritik an der gegenwärtigen EG. Ich möchte sie nicht weiter ausführen. Wer sich anheischig macht, sich bereits heute auf ein Ja oder Nein zum EG-Beitritt festzulegen, der oder die ist mutig. Wir erlebten in den letzten Jahren und Monaten gewaltige Veränderungen auf diesem Kontinent und auf der ganzen Welt. Wer möchte heute schon sagen, wie es morgen in Europa aussehen kann und wird?

Mit ihrem Ja zum EG-Beitritts-gesuch möchte die grüne Fraktion aber zum Ausdruck bringen, dass Szenarien denkbar sind, die uns zu einem Ja bewegen könnten. Wir möchten auch zum Ausdruck bringen, dass wir diesem Prozess offen und unvoreingenommen begegnen und in unserer Beurteilung ebenfalls berücksichtigen wollen, dass sich gewaltige Veränderungen in Europa und in der Welt abgespielt haben und noch abspielen werden.

Herr Moser hat sich heute ereifert, weil der Bundesrat nicht mehr das gleiche sagt wie 1988 im ersten Integrationsbericht. Hoffentlich, muss ich sagen, Herr Moser! Es hat sich ja auch einiges verändert. Und besser als Ihr Ratschlag nach Frischzellentherapie wäre der Versuch, in Ihrem Kopf einige Mauern abzubauen!

In Europa verändert sich viel; wer Augen hat, sieht das. Wer

weiss heute, ob in fünf oder zehn Jahren ein europäischer Weg ausserhalb der EG noch Sinn macht?

Weitere Fragen, die den Entscheid beeinflussen müssen, stellen sich: Treten die Efta-Staaten der EG bei? Oeffnet sich die EG gegenüber den osteuropäischen Staaten? Was geschieht mit den Beschlüssen von Maastricht? Was geschieht, wenn Frankreich ja oder nein sagt? Ist die EG fähig, sich in den nächsten Jahren in Richtung Demokratie, Oekologie und Föderalismus zu entwickeln?

Diese Fragen werden wir dann beantworten, wenn der Beitrittsentscheid auf dem Tisch liegt. Jenen, die das bereits heute wagen, kann man nur wünschen, dass sie sich im Reich der Spekulationen nicht verirren.

Noch ein letztes Wort zu den verschiedenen Anträgen, die Zusatzberichte fordern: Es handelt sich unseres Erachtens um kaschierte Rückweisungsanträge, die zum Ziel haben, das Thema EG-Beitritt auf unabsehbare Zeit aus der Diskussion zu nehmen, mit der Folge, dass der Bundesrat am 1. Januar 1993 ohne parlamentarische Rückkoppelung zu verhandeln beginnt. Damit macht man genau das Gegenteil von dem, was wir mit der Parlamentsreform wollen: Man verabschiedet sich aus der aussenpolitischen Diskussion.

Mit unserem Antrag wollen wir das Gegenteil erreichen. Wir wollen, dass rechtzeitig auf parlamentarischer Ebene über das Verhandlungsmandat, das der Bundesrat am 1. Januar 1993 in Angriff zu nehmen hat, diskutiert wird.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

Frau Grendelmeier: Die LdU/EVP-Fraktion nimmt vom EG-Bericht Kenntnis. Punkt. Wir verspürten keinerlei Drang oder keine Bedürfnisse, irgendwelche Anträge zu stellen.

Hier teile ich das Befremden von Herrn Eggly und von Herrn Claude Frey darüber, dass nun ausgerechnet ein Stoss von Anträgen mit Zusatzberichtsfordernissen, mit Fragen und allen möglichen Dingen zu diesem Bericht auf dem Tisch liegt; und das von Bundesratsparteien.

Diese Anträge beweisen mir eigentlich, dass wir zu Beginn dieser Session recht hatten, als wir verlangten, dass diese Debatte zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden sollte; zu dem Zeitpunkt, wo die Schweiz den wichtigsten Schritt seit 1848 tut, haben wir Klarheit zu schaffen und nicht Verwirrung. Wir stehen unmittelbar vor der Abstimmung über das EWR-Abkommen und nicht über den Beitritt zur EG. Es besteht nicht die geringste Veranlassung, den Bericht heute zu diskutieren.

Das Ziel liegt vorderhand in weiter Ferne, aber das Nahziel verursacht uns genug Kopfzerbrechen, wie wir uns beim Volk verständlich machen können. Wir können es uns nicht leisten – wie es ein grosser Teil hier drinnen will –, das Volk zu verwirren. Ich unterstelle einem grossen Teil der Leute, die heute diese Diskussion führen wollen – es mag falsch sein –, dass sie das in unredlicher Absicht tun, dass sie Verwirrung stiften wollen, dass suggeriert wird, es handle sich am 6. Dezember 1992 um den Beitritt zur EG. Das nenne ich Desinformation – oder seien wir etwas weniger vornehm: nennen wir es schlicht Lüge. Was ist denn dieser Bericht, und vor allem: Was ist er nicht? Er ist kein Beschrieb eines zukünftigen Paradieses. Er ist aber ebensowenig eine Neuauflage des zweiten Höllenkreises von Dante unter dem Motto: «Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate!» – auch das ist er nicht, er ist kein «Vorhof zur Hölle».

Er ist aber auch keine Bibel, die an den Glauben der Menschen appelliert, und kein Lehrbuch mit neuen mathematischen Regeln, die für die nächsten Jahrhunderte unumstössliche Gültigkeit haben. Dieser Bericht ist vor allen Dingen kein Kochbuch, wo Rezepte für Schnellgerichte angepriesen werden. Alles das ist dieser Bericht nicht. Dieser Bericht ist nichts anderes als eine Momentaufnahme im ersten Drittel des Jahres 1992 vom Zustand der Schweiz in einem Europa, welches sich mit unheimlicher Geschwindigkeit bewegt und uns mitreisst, ob wir das möchten oder nicht. Aus dieser Momentaufnahme des Status quo leitet nun der Bundesrat einen möglichen Weg in die Zukunft ab. Diese Zukunft sieht er in einem Beitritt der Schweiz zur EG.

Um Himmels willen, was ist denn daran verdammswürdig oder falsch? Der Bundesrat ist doch nach wie vor für die Aus-

senpolitik zuständig, auch wenn wir uns in der Zwischenzeit mit Recht herausgenommen haben mitzureden. Aber nach wie vor ist es Aufgabe des Bundesrates, die Federführung in der Aussenpolitik zu übernehmen. Er soll – oder sollte – nach wie vor führen und regieren. Regieren heisst: gouverner – et gouverner c'est prévoir. Das heisst, er soll in die Zukunft schauen, und zwar rechtzeitig, und das hat er getan. Es war richtig und notwendig, dass er nicht etwa ein Beitritts-gesuch gestellt hat, sondern ein Gesuch um Aufnahme von Beitritts-verhandlungen. Deshalb ist es auch wichtig, dass er im Verbund mit den anderen Ländern, die traditionell zu Westeuropa und der ursprünglichen EG gehören, die Probleme und Wünsche gemeinsam bündeln kann, um dadurch die Verhandlungen für uns besser laufen zu lassen. Noch einmal: Was ist falsch daran?

Ich erinnere mich sehr gut an den allgemeinen Jubel im letzten Mai, als der Bundesrat diesen Schritt unternommen hatte. Der LdU hat damals gar nicht gejubelt, wir haben höchstens «endlich» gesagt. Monate- und jahrelang hat man dem Bundesrat Führungsschwäche und Unentschlossenheit vorgeworfen, und nun zeigt er endlich Flagge, nimmt seine Kompetenz wahr, skizziert eine Zukunft für unser Land. Und zum letzten Mal: Was ist daran denn falsch?

Ich finde es etwas peinlich, dass zum zweitenmal ein Mitglied einer Nichtregierungs-partei den Bundesrat verteidigen muss. Lassen wir uns also nicht entmutigen. Nehmen wir zur Kenntnis, dass die Welt keine Puppenstube ist, in der wir hinter dem Ofen sitzen können. Die Welt ist in Bewegung, und wir bewegen uns mit ihr; Europa ist ein Prozess, kein Zustand. Wir reden heute über den dritten Integrationsbericht. Ihm werden ein vierter, ein fünfter, vielleicht ein zehnter Bericht folgen müssen. Lassen wir uns überraschen, wie die Welt dannzumal aussehen wird.

Wir werden hier noch genügend Gelegenheit haben, uns zur EG zu äussern, aber erst dann, wenn es Zeit ist.

Ruffy: Wenn ich meine Fraktionserklärung in deutscher Sprache einleite, so hat das seinen Grund. Die Schweiz darf nicht auseinanderfallen. Wir wissen heute, dass die französische Schweiz Europa in der Tendenz positiver gegenübersteht als die deutschsprachige Schweiz. Deshalb sollten wir über die Sprachgrenzen hinweg miteinander über das Verhältnis der Schweiz zu Europa reden.

Wenn die Haltung der Romands zu Europa eher positiv ist, so liegt dies wahrscheinlich daran, dass wir in der Schweiz eine Minderheit sind. Wir sind häufiger als Sie damit konfrontiert, uns mit einer anderssprachigen und kulturell verschiedenen Mehrheit einigen zu müssen. Vielleicht ist uns deshalb der Gedanke vertraut, dass sich die Schweiz als Ganzes in gewissen Fragen mit kulturell anderen Völkern und Staaten einigen müsste.

Etwas Weiteres könnte unser Verhältnis zum Föderalismus sein. Wir sind als sprachliche Minderheit mehr auf den Föderalismus angewiesen, deshalb haben wir vielleicht mehr Vertrauen, dass sich das Prinzip des Föderalismus auch auf einer europäischen Ebene durchsetzen kann. Föderalismus ist Minderheitenschutz. Wir brauchen diesen Minderheitenschutz als Romands in der Schweiz, und wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Solche Erfahrungen könnte die Schweiz auch mit Europa machen, aber nur, wenn wir Europa grundsätzlich offen gegenüberstehen.

Etant donné les succès que la Communauté européenne enregistre en matière d'intégration et vu les mesures qui vont encore être prises dans ce sens, notre pays pourrait d'ici quelques années se trouver enfermé dans un sérieux dilemme: être mis à l'écart de la politique européenne jusqu'à l'isolement ou envisager sérieusement d'entrer dans la Communauté. Le groupe socialiste craint que nous soyons mal préparés pour faire ce choix et prie donc le Conseil fédéral de bien vouloir répondre à quelques questions. Voilà comment en juin 1987 le groupe socialiste introduisait son interpellation relative aux relations de la Suisse avec la Communauté. Cinq ans après, avec le rapport du Conseil fédéral du 18 mai de cette année, avec le dépôt de la demande d'ouverture des négociations le 20 mai, nous sommes au coeur du débat.

On l'a dit, l'engagement est historique, il oppose, divise, déchire et le clivage est parfois douloureux. Comment peut-il en être autrement face à une question aussi cruciale? Dans un climat où des objections légitimes sont souvent mêlées à des réactions émotionnelles, il est indispensable de rétablir les faits, déterminants à nos yeux, qui sont très souvent passés sous silence, voire simplement niés. Quels sont ces faits incontournables aux yeux des socialistes? Il fut un temps où l'AELE regroupait huit pays, associait plus de cent millions d'habitants. Aujourd'hui elle n'en compte plus que sept avec une trentaine de millions d'habitants. A l'intérieur de l'Europe, le pouvoir d'attraction de la Communauté s'est exercé au détriment de l'AELE.

Es gibt deutliche Zeichen aus jüngster Zeit. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs spielt Oesterreich eine Schlüsselrolle in Mitteleuropa, und wir fragen uns interessiert, ob Oesterreich in dieser Rolle wohl der Efta oder der EG mehr Gewicht beimessen wird. Oesterreich hat auf dem Weg zur Integration Hürden zu überwinden, die den unseren gleichen. Es hat sich für die EG entschieden. 1959 nahm der sozialistische Vizekanzler Bruno Pittermann gegenüber der EG eine ablehnende Haltung ein, 1989 jedoch stand der Kanzler Franz Vranitzky der EG positiv gegenüber.

Et que dire du dépôt des demandes successives de la Suède et de la Finlande en cours des négociations sur l'Accord EEE, sinon qu'elles révèlent à la fois l'attractivité de la Communauté et la fragilisation de l'AELE? Nous ne remettrons pas en question le choix fait en 1960 par la Suisse en faveur de l'AELE. Les résultats économiques prouvent en effet que l'option nous fut profitable. Nous aimerions toutefois poser un bémol sur les louanges adressées aux responsables politiques qui ont choisi cette orientation. Dans trop d'esprits en effet, ce choix s'est fait autant, sinon plus, contre la Communauté que pour l'Association européenne de libre-échange. Des conseillers fédéraux ne faisaient pas mystère de leur opposition à une construction qu'ils pensaient être éphémère et à laquelle ils refusaient de reconnaître sa vraie dimension, sa portée politique: *errare humanum est, perseverare diabolicum*. Nous n'hésitons pas à déclarer qu'il y a là une des explications aux difficultés que nous éprouvons à rallier aujourd'hui la Communauté. Nous avons trop longtemps pensé que l'AELE était la seule voie possible. D'ailleurs, dans son souci de ciseler sa pensée, M. Blankart, secrétaire d'Etat, n'oubliait jamais d'ajouter régulièrement, toutes choses restant égales par ailleurs, quand il utilisait sa formule élégante et séduisante: «Rester eurocompatible pour ne pas avoir à y adhérer». Elle relevait un peu de l'esprit que j'ai évoqué précédemment.

Mais par ailleurs, les choses ne sont pas restées égales, loin de là. On a déjà abondamment parlé la semaine dernière des conséquences de l'ouverture à l'Est de notre continent en 1989 et des formidables ressources qu'il s'agit de mobiliser dans des délais relativement brefs pour assurer un rééquilibrage indispensable. L'Allemagne a sans aucun doute fait preuve d'initiative et de générosité sur le plan individuel, mais sur le plan collectif, qui d'autre que la Communauté a su se faire reconnaître comme partenaire privilégié vis-à-vis des pays d'Europe centrale et orientale? Qui d'autre que la Communauté a joué le rôle de promoteur et de partenaire actif de la Banque européenne de reconstruction et de développement? Aujourd'hui déjà, la Communauté joue un rôle déterminant dans toute l'aide apportée aux anciens pays de l'Est puisque le G-24, auquel nous appartenons, lui confie la gestion de son aide.

Nous discuterons dans notre Parlement, d'ici la fin de l'année, d'un accord entre les pays de l'AELE et la République fédérative tchèque et slovaque. C'est positif, mais il faut savoir que la Hongrie, la Pologne et justement la République fédérative tchèque et slovaque ont déjà le statut d'associés à la Communauté depuis le mois de décembre de l'année dernière. La Communauté européenne incarne de plus en plus l'Europe. Ce qui se vérifie pour l'Europe se vérifie également sur d'autres continents. Je n'insisterai pas sur le contrepoids que peut exercer la Communauté au sein du GATT, ni sur les défis qu'elle seule peut relever à travers Eureka par exemple et financer par les Etats-Unis et le Japon.

J'aimerais souligner ici le rôle qu'elle joue en Afrique. L'Europe des Douze domine de plus en plus nettement les autres bailleurs de fonds dans l'aide publique au développement dans le continent africain. La première convention de Lomé de 1975 réunissait 46 Etats d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique. La quatrième de ces conventions, signée en 1990, en réunissait 69. Cette quatrième convention, qui prend en compte la protection de l'environnement, les droits de l'homme et tous les problèmes liés au traitement des déchets toxiques et radioactifs, prévoit une aide fixée à 12 milliards d'ECU, ce qui correspond à un accroissement de l'aide de 20 pour cent par rapport au dernier programme. C'est peu par rapport à ce qui reste à faire, mais qui d'autre que la Communauté aurait pu fournir un tel effort? Ce sont des faits, et refuser une représentativité européenne prioritaire à la Communauté revient à les nier. Le groupe socialiste refuse de suivre ceux qui font le procès de la Communauté sous le prétexte qu'elle serait une macrostructure incontrôlable et spécialement menacée par la corruption traditionnellement attachée au pouvoir.

On fait de plus en plus souvent le reproche à la Communauté de s'ériger en «euroforteresse». Des initiatives de la Communauté que nous venons d'évoquer plaideraient plutôt pour le contraire. Le groupe socialiste cependant souhaite au point 6 de sa proposition que le Conseil fédéral s'exprime à ce sujet et dise quelles seront les conséquences d'une adhésion sur la politique suisse de coopération au développement. Le groupe socialiste est par ailleurs conscient que la crédibilité d'une adhésion est subordonnée à des éclaircissements sur des éléments essentiels. Il estime légitime la volonté d'affirmer les droits populaires dans une construction européenne élargie. Il conviendra à cet égard d'examiner les effets des scrutins danois et français dans la perspective de notre intégration. Les Suisses tiennent au fédéralisme et appliquent avec rigueur depuis très longtemps le principe de subsidiarité. Ils ne pourront se déclarer satisfaits lorsqu'on leur dira, comme l'a fait M. Delors à des journalistes, que ce principe pourra trouver une application pour la qualité des eaux de baignade! Il convient d'évaluer le mieux possible à l'échelle régionale les retombées économiques d'une adhésion, tout spécialement celle de la PAC révisée par les accords du GATT.

Le groupe socialiste estime qu'une adhésion ne devrait pas entraîner le démantèlement de la politique économique des régions de montagne, patiemment mise au point et couronnée de succès jusqu'à maintenant. Le Conseil fédéral devra indiquer quels seront les moyens choisis pour faciliter les reconversions et améliorer l'eurocompatibilité des exploitations familiales suisses. La région alpine doit être protégée du trafic routier de transit et il faut sauvegarder les intérêts de la Suisse dans l'hypothèse d'une adhésion et en cas d'expiration de l'accord sur le transit.

Le groupe socialiste est convaincu que la neutralité doit être rediscutée et redéfinie. L'avis donné aux Suédois par la commission fait penser que celle-ci a de grandes exigences et notre groupe souhaiterait connaître la position du Conseil fédéral sur ce point délicat.

Enfin, étant donné l'enjeu, le groupe socialiste estime souhaitable, sinon indispensable, d'associer étroitement le Parlement au processus de négociations et demande au Conseil fédéral comment il envisage de le faire.

Notre oui à la demande d'ouverture des négociations en vue de l'adhésion n'est donc pas l'acceptation de toutes les conditions sans explications et sans vérification de leurs effets sur la réalité de notre pays. Notre engagement positif a été, dès le départ, assorti de mesures d'accompagnement. Il y aura des contraintes, nous le savons. Nous ne sommes pas de ceux qui croient béatement à la dérégulation dans des sociétés aussi complexes que les nôtres. Tour à tour ange et bête, l'homme s'arrange en s'organisant en société pour privilégier l'ange et museler la bête. Le système européen ne saurait échapper à ce destin. Il y aura certes des contraintes, mais il y aura surtout les apports de grands projets conçus ensemble, des actions et des réalisations marquantes allant dans le sens de la compréhension et de l'enrichissement mutuels, de l'entraide humanitaire, du renforcement de la sécurité et de la paix.

Ainsi, tout en présentant une demande de rapport complémentaire sur les points que je viens de mentionner, le groupe socialiste prend acte avec satisfaction du rapport du Conseil fédéral.

M. Spielmann: A écouter les différents préopinants, le rapport qui nous est présenté pose la question de l'adhésion quasi immédiate avec toutes les conséquences qu'elle pourrait comporter. Comme si une telle démarche ne devait pas faire l'objet de tout un processus de demande d'adhésion d'abord – celui qui adhère est demandeur – comme si tout le processus pouvait s'effectuer de manière indépendante, sans voir ce monde qui bouge autour de nous, sans prendre en compte les paramètres actuels et les contradictions qui se manifestent chaque jour! Comment ne pas être satisfait du rapport du Conseil fédéral, de son honnêteté, du fait qu'il examine les questions et les problèmes qui vont à l'encontre du but qu'il vise en mesurant le poids et les inconvénients? Comment ne pas être satisfait de voir le travail accompli qui permet à chaque membre de ce Conseil, et par eux à la population, de mesurer les conséquences d'une demande d'adhésion et le chemin qu'il y a à parcourir? Comment ne pas réfléchir sur le monde qui nous entoure et continuer à penser qu'on pourrait vivre ainsi dans une Europe qui prend toujours plus de place – je fais référence au processus d'intégration européenne? Aujourd'hui limité à une douzaine de pays, il pourrait compter près d'une trentaine d'Etats dans quelques années, après un élargissement. Un processus d'élargissement est bien en cours, avec son lot de contradictions dont les moins importantes ne sont pas celles qui sont précisément mises en évidence dans le rapport du Conseil fédéral. En effet, les processus d'intégration, les demandes de participation et les démarches en faveur de l'adhésion vont dans le sens de l'avantage de fédéralisme, marquant la volonté de participer à une construction plus démocratique. Qui peut penser raisonnablement qu'en multipliant les adhésions, en augmentant le nombre de peuples et de pays participant à la construction européenne, on puisse se diriger vers une supranationalité et une centralisation des décisions enlevant à ces derniers les droits qu'ils ont? Comment ne pas voir qu'avec l'élargissement, avec la demande d'adhésion, avec la participation de l'ensemble des peuples d'Europe, on peut trouver une alternative à ce que j'appellerai «l'Europe de Maastricht» et rechercher une autre formule que la centralisation et la supranationalité, c'est-à-dire construire l'Europe des peuples? Comment ne pas entrer dans cette démarche? Pensez-vous raisonnablement qu'en restant isolé – je m'adresse surtout à ceux qui rejettent autant l'EEE que l'Europe communautaire – on puisse résoudre demain les problèmes qui sont liés à des facteurs très précis comme la sécurité, l'environnement, la liberté de déplacement et les questions économiques? Ce n'est pas en travaillant avec des frontières archaïques, qui ne peuvent répondre à aucune de ces réalités, que nous trouverons des solutions. Comment ne pas voir, alors qu'il y a maintenant plus d'une centaine d'années qu'on a changé la constitution de notre pays, supprimé des frontières, uniformisé la monnaie, que les Valaisans ne sont pas moins valaisans, ou les Appenzellois moins appenzellois? Chacun a sa culture et son mode de vie. Par conséquent, il est faux de penser qu'en réglant nos problèmes par-dessus les frontières – sans les laisser tels quels mais en s'associant et en travaillant en commun à la recherche de solutions aux problèmes qui ne peuvent être résolus à l'intérieur des frontières – on puisse niveler, éliminer nos divergences culturelles et, en quelque sorte, sacrifier notre identité. C'est une erreur fondamentale. Je crois au contraire que notre expérience et notre démarche doivent participer à cette Europe. Vivre toutes fenêtres fermées, sans contacts avec l'extérieur, est la pire des choses à faire. Pour ma part, je suis donc satisfait de la demande d'adhésion présentée. Je la soutiendrai. Il faudra bien sûr évaluer ses conséquences.

Comment mesurer au cours de cette semaine et demie le poids des modifications sur notre mode de vie? L'EEE a permis d'effectuer un exercice qui démontre la possibilité de moduler, d'adapter et d'adhérer, en y incluant un certain nombre de paramètres, comme la volonté de construire une Europe

des peuples, démocratique et souveraine. Nous devrions contribuer à construire une Europe plus solidaire.

On. Cavadini Adriano: Con la sua decisione di iniziare delle trattative, il Consiglio federale ha fatto sicuramente chiarezza per taluni, ma ha anche assunto una responsabilità notevole in merito alla riuscita dell'accordo sullo Spazio economico europeo di fronte al popolo svizzero. Anche la reazione che ho potuto constatare in questi giorni dopo il dibattito sullo Spazio economico europeo conferma che c'è una confusione nel cittadino, confusione tra Spazio economico europeo e adesione alla Comunità europea (CEE). Quindi mi sembra che, se vogliamo che questo primo passo, quello dello Spazio economico europeo riesca, bisogna fare chiarezza, bisogna separare i due tempi in modo estremamente chiaro.

Personalmente sostengo lo Spazio economico europeo, perché ritengo che sia una scelta valida ed interessante per la Svizzera e soprattutto per la sua economia. Oggi per contro sono molto scettico e critico nei confronti di un'adesione alla CEE, che non mi sentirei di approvare. Ma come sostenitore dello Spazio economico europeo e pur dicendo sì a questo accordo, non mi sento per questo legato per una decisione futura sulla eventuale adesione alla CEE. Ritengo di essere libero in questa decisione che si presenterà probabilmente un giorno. A quel momento avremo degli elementi supplementari, conosceremo l'evoluzione all'interno della CEE, che sembra sia in un processo di accelerazione, anche se oggi ci sono molti frenatori all'opera, conosceremo anche le esperienze raccolte con lo Spazio economico europeo e allora potremo decidere in tutta libertà e tranquillità se aderire o meno. Mi sembra giusto quindi di mantenere una porta aperta, ma anche di dire chiaramente che votando oggi sì allo Spazio economico europeo non ci si impegna in forma definitiva per l'adesione alla CEE. Purtroppo però c'è il rischio che con la confusione che si è un po' creata dalla presentazione di questo rapporto, ma soprattutto dalla decisione del Consiglio federale, il rischio che alla fine rimaniamo a mani vuote senza Spazio economico europeo e magari con una chiusura maggiore nei confronti di questa integrazione economica. E quindi mi sembra che al di là degli aggiornamenti, delle verifiche che si imporranno anche alla luce dell'evoluzione che la CEE conoscerà al suo interno, è importante che il Consiglio federale dica al cittadino che rimane libero nella sua scelta di un'eventuale adesione, che la decisione del Consiglio federale non significa oggi, per il cittadino, votare anche per l'adesione alla CEE. E' una chiarificazione che deve essere ripetuta e che dovrà esserlo frequentemente se vogliamo che lo Spazio economico europeo il 6 dicembre 1992 possa essere accettato dal popolo Svizzero.

M. Darbellay: Rapport d'intégration. Il y a plus de quarante ans que l'on parle d'intégration dans cette Europe. Le premier acte officiel est le plan Schuman du 9 mai 1950 qui prévoyait la constitution de la Communauté européenne du charbon et de l'acier. Une connotation économique, bien sûr, mais déjà fortement politique puisque le but avoué était de créer enfin la paix dans cette Europe, de faire de deux ennemis héréditaires, la France et l'Allemagne, des frères qui construisent ensemble l'Europe. Il y a plus de quarante ans de cela, et cette paix, nous l'avons en Europe!

La Suisse s'est tenue à l'abri de ce processus parce que, d'une part, elle ne croyait pas à la réussite de l'entreprise et que, d'autre part, il y avait une connotation politique qu'elle ne pouvait guère accepter. Je crois qu'il faut le dire sans ambages, dix ans plus tard, alors que la Communauté s'étoffait, nous avons manqué le train de l'Europe! Nous avons cru que l'Association européenne de libre-échange était une alternative. Elle pouvait paraître telle, en effet, puisqu'elle comportait sept pays, 100 millions d'habitants et un potentiel économique important, contre six pays et 200 millions d'habitants dans la Communauté. Or, il fallut rapidement déchanter: quand la Grande-Bretagne nous quittait pour entrer dans la Communauté, c'était 250 millions contre 50, l'équilibre était rompu. Ce déséquilibre s'est encore accentué par la suite, et c'est aujourd'hui 350 millions d'habitants d'un côté et 30 millions de l'autre.

tre. On a ressenti ce déséquilibre dans toutes les tractations qui nous ont amenés au traité.

On dit, généralement, que l'Histoire ne repasse pas les plats. Aujourd'hui, l'Histoire nous repasse le plat et c'est heureux. Elle nous donne l'occasion de faire le chemin de l'Europe. Nous avons pris une bonne décision en acceptant de signer le Traité sur l'EEE et nous espérons vivement que le peuple suive le 6 décembre. Le Conseil fédéral nous propose d'aller plus loin en demandant l'adhésion à la Communauté. Il nous donne la marche vers la suite. Nous devons faire cette marche, et la faire sérieusement, en sachant que la Communauté reste le principal acteur de la construction de l'Europe de demain. Si nous voulons participer à cette construction, si nous voulons que l'Europe ne soit pas centralisatrice mais au contraire fédéraliste, il faut que nous ayons aussi notre mot à dire. Nous pourrions le dire à travers l'Espace économique, nous pourrions le dire en faisant la demande d'adhésion, et nous pourrions le dire encore au moment où nous serons aussi partie intégrante de cette Communauté. Nous aurons de nombreux alliés pour essayer de suivre la même voie que nous.

Merci au Conseil fédéral d'avoir ce courage, merci de nous avoir donné ce rapport, et merci d'avance pour les réponses qu'il donnera aux questions posées par les groupes.

Frau Haering Binder: Ich konzentriere mich in den wenigen mir zur Verfügung stehenden Minuten auf einen Themenkreis: auf die zentralen Fragen der Neutralitäts- und der Sicherheitspolitik.

Die Umrisse der zukünftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eines politisch vereinigten Europa sind noch sehr unscharf. Die zukünftige Aufgabenteilung zwischen WEU und Nato ist noch unbekannt, und wann diese gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik Gestalt annehmen soll, ist ebenfalls noch offen. So weit ist dem Bundesrat in seiner Argumentation zu folgen. Aber gleichzeitig vermerkt der Bundesrat – und dies ebenfalls zu Recht –, dass die EG zunehmend als aussenpolitische Einheit auftritt, dass Fragen der Sicherheit im Rahmen der aussenpolitischen Abstimmungen der EG-Länder eine grosse Bedeutung erhalten, dass auf lange Sicht der Union auch verteidigungspolitische Aufgaben überbunden werden sollen.

Der Bundesrat ist sich also der sicherheits- und verteidigungspolitischen Finalität der Europäischen Union durchaus bewusst. Im letzten Satz des entsprechenden Abschnittes stellt er denn auch fest, dass der neutrale Staat bereit sein müsse, diese sicherheits- und verteidigungspolitische Finalität der Europäischen Union mitzutragen und ohne Mentalreservation die Irrelevanz einer Neutralität anzuerkennen. Auf gut deutsch: Unsere Neutralität wird früher oder später im Eimer sein, aber wir sagen es euch jetzt erst in Fremdwörtern.

Wenn dem so ist, und ich teile diese Einschätzung zumindest teilweise – insbesondere wenn ich die Ausführungen des Brüsseler Avis zum Beitrittsgehalt Schwedens lese –, so besteht heute durchaus die dringende Notwendigkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über unsere Neutralität. Mit Dogmatik, wie es der Bundesrat in seinem Bericht abtun will, hat dies gar nichts zu tun.

Dass sich der Bundesrat in seinem dritten Integrationsbericht um die Neudefinition unserer Neutralität herumschummelt, ist unzulässig. Die Verhandlungsposition der Schweiz muss transparent und politisch abgestützt sein. Lassen Sie mich deshalb unsere Anforderungen umreissen.

1. Die Neutralität an sich gibt keine tragfähige Perspektive einer solidarischen Aussenpolitik ab. In der Vergangenheit hat die Schweiz unter diesem Deckmantel allzu viel Unrecht toleriert. Wir stellen aber auch fest, dass diese Politik seit unserer Teilnahme am Wirtschaftsboykott gegen Irak überholt ist.

2. Der Grundgehalt der Neutralität, und im Falle der Schweiz der dauernden Neutralität, betrifft aber die Nichtbeteiligung an kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen anderen Staaten sowie die Nichtbeteiligung an Militärbündnissen, und dies auch zu Friedenszeiten. An diesem Kerngedanken ist festzuhalten.

Die SP setzt auf zivile und politische Konfliktlösungen. Es sind somit nicht nur neutralitäts-, sondern ebenso – und für mich

primär – friedenspolitische Argumente, die uns strikt an der militärischen Bündnisfreiheit der Schweiz festhalten lassen. Diese Absage an eine militärische Allianz, d. h. ein klares Nein zu einem Beitritt der Schweiz zur WEU oder zur Nato, muss im Verhandlungsmandat des Bundesrates festgeschrieben werden.

M. Schmied Walter: Le rapport ne circonscrit pas l'enjeu d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne dans tous ses tenants et aboutissants. Tendancieux, préconisant une adhésion obligée, ce rapport nous laisse l'image d'un Conseil fédéral s'enfermant lui-même dans ses propres contradictions.

Que le Conseil fédéral gouverne, c'est bien. Qu'il dépose de son propre chef une demande d'adhésion de la Suisse à la CEE pour entrer en pourparlers avec cette dernière, c'est de bonne guerre. Qu'il entreprenne une telle démarche avant la discussion du présent rapport par notre Parlement, c'est pardonnable. Par contre, nous ne saurions cautionner la pirouette du Conseil fédéral qui, après avoir prétendu, récemment encore, que l'adhésion de la Suisse à la Communauté européenne n'entraîne pas en ligne de compte, affirme aujourd'hui avoir décidé de fixer l'adhésion comme but de sa politique d'intégration et donc de considérer l'Espace économique européen comme une étape qui doit conduire à ce but. Nous ne saurions davantage cautionner la position du Conseil fédéral lorsqu'il reconnaît ouvertement avoir décidé d'écarter de ses réflexions toute autre option.

Mais il y a plus. Indépendamment du contenu, c'est aussi la connotation du ton intransigeant utilisé en la circonstance qui déplaît. Nous ne nous laisserons ni museler ni mettre sous pression par les auteurs du rapport lorsqu'ils affirment qu'«ils attendent du débat parlementaire sur ce rapport et de l'opinion publique un large soutien en faveur de l'objectif d'une adhésion de la Suisse à la CEE». En vérité, si les responsables du rapport souhaitaient annihiler tout esprit critique envers leurs thèses, ils ne s'y seraient pas pris différemment.

L'argumentation du Conseil fédéral justifiant son changement de cap est jugée légère. Le seul critère objectif avancé en page 13, à savoir la réunification des deux Berlins, ne nous convainc pas. A vrai dire, nous nous demandons si le Conseil fédéral ne craint pas, tout comme nous, les effets à moyen terme que risque de déployer l'absence de codécision réelle à l'intérieur de l'Espace économique européen. La logique de la démarche du Conseil fédéral trouverait ainsi sa justification dans la volonté de prévoir, à tout hasard, une porte de sortie afin de quitter l'EEE, le cas échéant.

Quoi qu'il en soit, à force de vouloir progresser trop vite, les partisans inconditionnels d'une adhésion de la Suisse à la CE sont en train de forcer la boîte à vitesses de leur machine. Aussi, l'effet de division que ce rapport exerce sur l'opinion publique risque bien de faire gripper toute la mécanique le 6 décembre prochain. Mais alors de grâce, que les responsabilités restent pour le moins partagées et que l'on ne cherche pas, le jour venu, à se décharger sur ceux qui, précisément, avaient vu juste! Vous me permettrez cette image. Le 3e rapport sur l'intégration de la Suisse devait représenter le support de la visite guidée du Conseil fédéral à travers l'exposition sur l'Europe. Ce rapport devait inviter à la discussion constructive. Malheureusement, force est de constater qu'il se réduit à un simple ordre de marche suscitant la confusion et la discorde.

Au vu du temps de parole imparti, je me limiterai à poser aux représentants du Conseil fédéral deux questions liées et de portée générale. Premièrement, le Conseil fédéral reconnaît-il à notre Parlement le droit de ne pas partager ses propres conclusions? Deuxièmement, le cas échéant, qu'entend entreprendre concrètement le Conseil fédéral si notre Parlement sanctionnait par un vote négatif la politique d'intégration préconisée, sous-entendez l'acceptation de la proposition de M. Frey Claude?

L'histoire nous l'enseigne, l'âme d'une nation réside dans la modestie. Les grands, eux, n'ont jamais su garder leurs chances. Aussi l'alternative de la Suisse signifie-t-elle à mes yeux «être petite» ou «ne pas être». Quant à l'ouverture de notre

pays sur le monde, elle doit se faire dans la simplicité et la générosité. Même en restant en dehors des structures de la CE, il ne nous est finalement pas interdit de verser notre contribution à un fonds de cohésion européen.

Je remercie d'ores et déjà les représentants du Conseil fédéral des réponses qu'ils voudront bien donner à mes questions.

Mme Aubry: Je voudrais tout d'abord exprimer ma déception à l'égard du Conseil fédéral qui n'a même pas pris la peine d'avertir les membres de la Commission de politique extérieure de sa demande d'adhésion à la Communauté européenne. Et pourtant, en Suisse, les communications marchent bien. Le choc a été cependant de l'apprendre par la presse. C'est d'ailleurs la raison de mon appui, en séance de commission, à la minorité de M. Frey Claude.

Par contre, j'ai apprécié la qualité du 3e rapport et de tous ses détails. S'il ne m'a pas convaincue de la nécessité d'une adhésion, du moins m'a-t-il ouvert les yeux sur la puissance supranationale de la Communauté européenne, j'y ajouterai sur la toute puissance du fonctionariat de Bruxelles.

Si l'acceptation de l'EEE par le peuple et les cantons devait se faire le 6 décembre, elle empêcherait la Suisse d'être isolationniste, comme certains en ont émis les craintes. C'est suffisant pour le moment, ne confondons pas tout. Pourquoi devrions-nous faire partie de la CE avec l'Italie qui n'arrive ni à résoudre ses problèmes financiers ni ceux de la mafia, avec la Grèce qui «pompe» les subventions de la CE sans en respecter ses lois? Il y a l'Allemagne qui voit la résurgence du néo-nazisme et qui nous effraie. Pourquoi devrions-nous nous aligner à l'Ecu alors que le franc suisse est encore une monnaie de référence? Pourquoi devrions-nous sacrifier ou aligner notre agriculture sur celles de la France et de l'Allemagne qui ne se ressemblent pas? Les industriels internationaux d'origine suisse, travaillant dans le cadre de la CE, m'ont révélé et rendue attentive à la corruption, à la tricherie qui existent concernant les subventions aux produits agricoles. Les champs de luzerne peuvent s'étendre à l'infini, même si l'on n'en possède qu'un hectare, lorsqu'on doit en toucher les subventions. Il en va de même pour les fourrages séchés. Ce sont deux exemples que j'ai reçus. Il y a les surplus de la viande et du beurre que la Communauté a expédiés à un prix dérisoire à Moscou et qui sont revenus en Europe avec un prix élevé. Il y a ce manque de poids, également de la CE, dans le conflit yougoslave.

La Suisse, même avec ses partenaires de l'EEE, ne pourra corriger une administration supranationale; ne nous faisons aucune illusion. Il faudra, dans quelques années, revoir la copie CE; peut-être aura-t-elle changé, ce que je souhaite.

On peut dire un non sec aujourd'hui, mais laisser la porte ouverte pour l'avenir. Et je vous dis: «wait and see!»

Fasel: Wenn ich die einerseits zustimmenden und andererseits heftig ablehnenden Kommentare zum Integrationsbericht hier im Saal höre, dann gewinne ich immer mehr den Eindruck, dass Politik oftmals nichts Anderes bedeutet, als im richtigen Zeitpunkt den richtigen Fehler zu machen.

Wenn es in unserem Land um politische Führung geht, dann kann dies nur bedeuten, dass der Bundesrat uns – also dem Parlament und dem Volk – Alternativen, Wahlmöglichkeiten eröffnet. Dies hat er getan, dagegen ist nichts einzuwenden. Er hat einen möglichen Weg aufgezeigt und diesen im vorgelegten Integrationsbericht begründet und dargelegt. Die Entscheidung liegt bei uns. Das sagt er auch im Bericht.

Ich denke auch, wir müssen lernen, dass Europa nicht ein statisches Gebilde ist oder nicht mehr ist, sondern sich verändert. Wer in einem Prozess seine Interessen wahren will, der muss an diesem Prozess teilhaben, mitwirken. Würde der Bundesrat im europäischen Integrationsprozess abseits stehen, so müssten wir dies als grobfahrlässig beanstanden.

Die Stärke des Berichts – das zeigt sich auch in den Diskussionen im Saal – liegt darin, dass er uns jene Realität vorführt, die wir noch so gerne ausblenden würden, dass wir uns nämlich mit der EG und auch mit den Maastrichter Verträgen auseinandersetzen müssen. Die Bedeutung dieses Gedankens hat uns vorher Herr Moser in seinem etwas missratenen Kabarettstück vorgelegt.

Für eine vertiefte und weitergehende Integrationsdiskussion ist es notwendig, die sozialpolitische Dimension näher auszu-leuchten, denn mit dem sozialpolitischen Programm zu elft, also der Abkoppelung Grossbritanniens vom sozialen Programm der EG, ist die Europäische Gemeinschaft in diesem Bereich in zwei Lager gespalten. Ich frage deshalb den Bundesrat, was dies für die schweizerische Sozialpolitik bedeuten würde.

Ein letzter Gedanke aus Freiburger Sicht: Wir können, wenn der Bundesrat vom Zusammenhalt unserer Nation redet, die Frage auch umdrehen: Was tun wir innenpolitisch, um dazu beizutragen, dass der «fossé des röstis» nicht zu einem Europagraben wird? Ich denke, dass der Bundesrat uns mit seinem Bericht diese Frage nahelegt. Es ist an uns, darauf einzutreten.

On. Pini: Ritorno a parlare così brevissimamente nella lingua ormai dimenticata, dicendo che oggi ho fatto un'interpellanza chiedendo al Consiglio federale di seriamente considerare, di declassare la lingua ufficiale italiana in lingua nazionale perché tanto né qui né là capiscono.

Ieri sera, primo settembre, l'ex-primo ministro francese Rocard, in una bellissima «péroraison en faveur de l'Europe et de Maastricht» diceva: Se i Francesi non votano Maastricht, ritorneremo a Monaco; ecco i fantasmi di Monaco, ecco i fantasmi dei profili della guerra e di quanto ha diviso l'Europa prima e dopo il 1939, prima e dopo il 1914.

A proposito del rapporto del Consiglio federale: E' nel suo diritto – e non se ne discute – di consegnare (e non ci chiede né di approvarlo, né di disapprovarlo, né di essere felici o meno del suo contenuto) questo rapporto. Infatti, nel rapporto non si dice: «Vi preghiamo di prendere posizione, di dirci se vi piace o non vi piace.» Si dice invece: «Prendete atto che questo è il nostro pensiero.» A me personalmente non piace, ma io non sono chiamato qui a non permettere al Consiglio federale di rimettere a noi il suo rapporto. Questo è un problema che vorrei che venga staccato da un'altra mina vagante: sposare o coniugare lo Spazio economico europeo con l'adesione eventuale alla Comunità europea. E' una mina vagante. Per coloro che vogliono, sentono con convinzione che questo Spazio economico europeo – bello o brutto che esso sia – passi il 6 dicembre 1992, di grazia, si faccia in modo che fuori dalla casa degli Svizzeri, che è questa, si capisca che non stiamo discutendo l'adesione della Confederazione alla Comunità europea. Fate in modo che si capisca questo, perché altrimenti il 6 dicembre «la mina la sc'ciopa» – detto in dialetto ticinese magari capite meglio. Guardate che la mina può scoppiare davvero il 6 dicembre se non fate uno sforzo di dividere quello che è lo Spazio economico europeo (SEE) da una parte e Comunità europea (CE) dall'altra. Io avevo chiesto – e termino, On. signor Presidente – all'On. Jean-Pascal Delamuraz, consigliere federale: Che cosa cambia se la Francia non vota Maastricht? Mi ha detto: niente! Io non sono convinto che non cambi niente; forse per fortuna cambierà qualche cosa, che farà di questo sogno della Comunità europea qualche cosa di cui io potrei essere d'accordo un giorno di aderire. Oggi no.

On. Borradori: Il presente rapporto rappresenta il primo passo della nostra corsa verso l'Europa e concretizza una politica di integrazione che noi riteniamo sbagliata, prematura e pericolosa. La nostra frazione non è pertanto disposta ad aval-larne il contenuto ed in particolare non intende collaborare nell'attuazione del processo che culminerà con la fine della Svizzera come Stato indipendente e autonomo.

Il nostro Paese non può rinunciare alla propria sovranità. Sep-pur perfettibile, la nostra democrazia è di gran lunga la migliore e non si vede perché la si voglia smantellare a favore di un sistema diverso, che non presenta nessuna garanzia. La storia insegna anzi che, tanto più grande è un'organizzazione, quanto minore è l'influsso concreto del singolo sulla politica della stessa. Da svariate parti ci viene detto che la Svizzera deve aderire alla Comunità europea, che non abbiamo altra scelta. Non è vero! Noi non possiamo accettare né condividere questo atteggiamento intriso di rassegnazione. La verità è che la Svizzera può sopravvivere senza la Comunità. Il nostro

Paese può benissimo continuare nella sua indipendenza e autonomia senza per questo precipitare nell'isolamento. Non si comprende infatti il motivo per cui la Svizzera non possa essere una Svizzera europea, pur restando al di fuori dell'architettura comunitaria. Ai nostri occhi una non-adesione non vuole assolutamente significare «Alleingang», bensì libera collaborazione sulla base di nuovi accordi e di un processo di adeguamento al diritto comunitario. Il nostro Paese ha sempre praticato una politica aperta nei confronti della Comunità ed è senz'altro disposto ed in grado di intraprendere ulteriori aperture e adattamenti, in particolare in ambito giuridico ed economico. Rinnovo, concorrenzialità e motivazione dei collaboratori dovranno diventare l'imperativo di ogni azienda, piccola o grande che sia. Di fronte ad un'attitudine improntata alla collaborazione costruttiva, la Comunità europea non chiuderà di certo la porta in faccia ad un prezioso partner quale può essere la Svizzera. Credo che ciò di cui abbiamo bisogno ora sia semplicemente la fiducia in noi stessi e la ferma volontà di mantenere in vita anche in futuro la Svizzera come piccolo Stato attivo e indipendente. Vale pure qui il principio che regge il regno animale, secondo cui un organismo dalle esigue dimensioni deve essere flessibile per poter sopravvivere. Dobbiamo promuovere e sostenere attivamente l'apertura in campo economico, senza con questo sacrificare quei beni preziosi che sono la nostra indipendenza e la nostra sovranità. La Svizzera ha sempre dimostrato nel contesto internazionale di essere in grado di rispondere perfettamente alle sollecitazioni del mercato. I gravi problemi con cui siamo attualmente confrontati non sono in effetti sorti all'estero, bensì sono la conseguenza del fallimento della nostra politica interna. Un'adesione alla Comunità europea risolverebbe, semmai, solo in minima parte tali problemi. Tocca a noi, e solo a noi, mettercela tutta per superare la crisi. Delegare a terzi delle nostre competenze significherebbe semplicemente abdicare, ammettere la nostra impotenza, e questo sarebbe molto grave. E poi, siamo realisti: che peso potrebbe avere la Svizzera in questa Comunità europea, che continua ad essere un apparato burocratico gigantesco e profondamente antidemocratico, malgrado che i suoi massimi esponenti da tempo ormai si riempiano la bocca con termini quali «decentralizzazione» e «regionalizzazione»? Il nostro Paese avrebbe a Bruxelles ancora meno potere decisionale di quello che ha il Ticino a Berna!

Dünki: Ich gebe hier kurz die Stellungnahme der EVP bekannt. Wir danken dem Bundesrat für seine umfassende Berichterstattung. Das Parlament hat eine solche Stellungnahme gewünscht. Der Bundesrat hat lediglich eine Forderung erfüllt. Es ist absolut verfehlt, ihn dafür heute zu tadeln.

Ueber den Inhalt des Berichts kann man sicher geteilter Meinung sein, aber wir wissen jetzt, wie unsere Landesregierung in der Europafrage denkt. Man kann die Fahrtrichtung begrüßen beziehungsweise unterstützen, oder man versucht, den Zug mit allen Mitteln zu bremsen. Wir ermuntern den Bundesrat, nicht vom eingeschlagenen Weg abzurücken und auf keinen Fall das gestellte Verhandlungsgesuch zurückzuziehen. Beitrittsverhandlungen sind ein Gebot der Stunde. Wir haben es gehört: die Schweiz ist geographisch, geschichtlich und kulturell ein Bestandteil Europas. Die gemeinsame christliche Grundlage verpflichtet uns zur Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Nationen und zur aktiven Mitarbeit in einem einigen Europa.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass viele drängende Probleme ohne grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht gelöst werden können. Denken Sie an Umweltprobleme, Friedenssicherung, Flüchtlingsprobleme, Hunger und neue Armut! Unsere Mitarbeit ist in Europa gefragt und aus unserer Sicht auch dringend erforderlich. Für uns besteht kein Zweifel darüber, dass die Genehmigung des EWR-Abkommens und ein allfälliger Beitritt zur EG für die Schweiz zu den folgenschwersten Entscheiden seit der Gründung des Bundesstaates gehören. Darum ist die Frage des EG-Beitritts umfassend, sorgfältig und ohne Zeitdruck zu prüfen – im Bewusstsein, dass die Schweiz in einem geeinten Europa Wertvolles beizutragen vermag.

Es geht hier um ein Nehmen und Geben. Wer Vorteile will, muss auch bereit sein, etwas dafür in die Waagschale zu werfen. Wer verheiratet ist, sollte diesen Grundsatz eigentlich kennen und auch anwenden. Ein Heiratsantrag bedeutet noch nicht, dass eine Ehe geschlossen wird, ist aber Voraussetzung für die ernsthafte Prüfung, ob man sich ewig binden will. So ungefähr verstehen wir die Absicht des Bundesrates. Die EVP begrüsst die Verhandlungsbereitschaft des Bundesrates und ist ihrerseits bereit, die Frage eines Beitritts zur EG ernsthaft zu prüfen. Wir wollen aber das Verhandlungsergebnis kennen, das zur Diskussion steht. Erst dann werden wir uns entscheiden, ob wir zu dieser Frage ja oder nein sagen wollen.

Wir erwarten vom Bund eine aktive Europapolitik, ein starkes Engagement in Europa und an der KSZE unter Beizug der mittel- und osteuropäischen Staaten. Das neue Europa muss für alle europäischen Staaten offen sein, auch für die Völker Mittel- und Osteuropas sowie für die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen.

In diesem Sinne nehmen wir vom Bericht des Bundesrates Kenntnis. Wir erwarten rechtzeitig und laufend Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit den Partnern. Wir wünschen den schweizerischen Unterhändlern Glück und Erfolg bei ihrem schweren Gang nach Brüssel und hoffen, dass es ihnen gelingt, die von uns gewünschte Position, die Beibehaltung der direkten Demokratie und des Föderalismus sowie der eigenen Armee, durchzusetzen.

Bonny: Ich habe den Eindruck, dass mit diesem bundesrätlichen Integrationsbericht im Saal ein Schattenboxen aufgeführt wird. Interessant sind vor allem die verschiedenen Anträge von EWR-befürwortender Seite, die den Bericht in ablehnendem Sinn zur Kenntnis nehmen wollen oder die in verschiedenen Variationen Rückweisung zur Ueberarbeitung vorschlagen. Obschon scheinbar um diese Anträge gekämpft wird, haben sie doch alle eines gemeinsam: das krampfhaft Bemühen, dem Volk zu zeigen, was für ein abgrundtiefer Unterschied zwischen dem EWR-Vertrag und dem EG-Beitritt besteht. Wir wollen uns doch nichts vormachen! Es geht hier übereinstimmend um eine taktische Massnahme, damit der EWR-Vertrag am 6. Dezember in der Volksabstimmung gerettet werden kann. Der Bericht muss nun gleichsam als Prügelknabe für die unumstössliche Tatsache hinhalten, dass der Bundesrat im vergangenen Mai in Brüssel das Gesuch um Verhandlungen zum EG-Beitritt gestellt hat. Daran ändern all diese Anträge und das Ringen um diesen Bericht nichts.

Ich will Ihnen sagen, dass sich das Prozedere, das durch dieses Gesuch ausgelöst worden ist, bereits in vollem Gange befindet. Noch im Dezember, am Gipfel von Edinburgh, soll wie geplant der Prüfungsbericht vorliegen.

Wenn Sie nun glauben, das sei alles, dann täuschen Sie sich. Es wird nicht nur in den Brüsseler Amtsstuben daran gearbeitet. Ich habe den Beweis, dass auch in Bern in den Amtsstuben an diesem Beitritts-gesuch weitergearbeitet wird, und zwar steht mir ein Dokument der Verwaltung zur Verfügung. Es handelt sich um einen Antwortentwurf, worin ein Questionnaire von Brüssel zu einem bestimmten Wirtschaftssektor beantwortet und klar Stellung bezogen wird. Der Entwurf schliesst – wie nicht anders zu erwarten – mit der absolut vorbehaltlosen Feststellung, dass sowohl die Behörden als auch der betroffene Wirtschaftssektor mit einem EG-Beitritt kein Problem haben.

Während die Beitrittsmaschinerie nun auch hier in Bern läuft, wollen wir dem Volk nicht zuletzt durch dieses Geplänkel um den Integrationsbericht weismachen, dass in dieser Beziehung nichts stattfindet. Ich finde, das ist nicht ehrlich. Es geht hier um eine derart zentrale Frage, dass wir dem Volk klaren Wein einschenken müssen und nicht irgendwie mit Ablenkungsmanövern operieren sollten.

Für mich ist massgebend, was der Bundesrat – es wurde hier mehrfach zitiert – auf Seite 9 gesagt hat: dass der EWR mit dem Beitritts-gesuch zur EG eine neue Dimension erhalten hat, nämlich jene einer Phase der Vorbereitung auf den Beitritt. Da können Sie x Anträge stellen, die davon ablenken; diese Tatsache besteht, und dieses Beitritts-gesuch hat der Bundesrat auch in eigener Kompetenz gestellt.

Persönlich komme ich zum Schluss, dass ich bei all diesen Ablenkungsmanövern nicht mitmachen kann. Ich nehme einfach – ich glaube, damit schwenke ich auf den Antrag der Liberalen ein – völlig ohne Wertung Kenntnis von diesem Bericht, mit dem ich natürlich in einer wesentlichen Konklusion, nämlich dass wir der EG in der heutigen Form beitreten sollen, nicht einverstanden bin.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.15 Uhr
La séance est levée à 19 h 15

Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft. Bericht

Adhésion de la Suisse à la Communauté européenne. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Augustsession
Session	Session d'août
Sessione	Sessione di agosto
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.053
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.09.1992 - 15:00
Date	
Data	
Seite	1585-1605
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 517

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.